

ANALYSE

Catrina Schläger, Jan Niklas Engels, Nicole Loew
Februar 2025

Analyse der Bundestags- wahl 2025

*Eine harte Niederlage mit einer
doppelten Herausforderung
für die Sozialdemokratie*

Friedrich
Ebert 
Stiftung

Impressum

Herausgeberin

Friedrich-Ebert-Stiftung e.V.
Godesberger Allee 149
53175 Bonn
info@fes.de

Herausgebende Abteilung

Abteilung Analyse, Planung und Beratung
www.fes.de/apb

Inhaltliche Verantwortung und Redaktion

Catrina Schläger

Kontakt

Catrina Schläger
catrina.schlaeger@fes.de

Bestellungen

apb-publikation@fes.de

Datenerhebung und Qualitätskontrolle

Finia Ehrentraut und Marko Miljević

Lektorat

Sönke Hallmann

Design

Bergsee, blau

Titelbild

picture alliance/Andreas Franke

Druck und Herstellung

Hausdruckerei Bonn, FES

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung e.V. (FES). Eine gewerbliche Nutzung der von der FES herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet. Publikationen der FES dürfen nicht für Wahlkampfzwecke verwendet werden.

Februar 2025

© Friedrich-Ebert-Stiftung e.V.

ISBN 978-3-98628-674-3

Weitere Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung finden Sie hier:

➤ www.fes.de/publikationen

Catrina Schläger, Jan Niklas Engels, Nicole Loew
Februar 2025

Analyse der Bundestagswahl 2025

*Eine harte Niederlage mit einer doppelten
Herausforderung für die Sozialdemokratie*

Inhalt

Einleitung	3
Was sind die zentralen Ergebnisse?	4
Wer hat wen gewählt?	7
Die Unterschiede im Wahlverhalten zwischen Ost und West bleiben deutlich vorhanden	7
Linke Frauen und rechte Männer?	7
Viel Bewegung bei den Jüngsten	7
Deutliche Verschiebungen im Wahlverhalten nach Berufsgruppen und Bildung	8
Wie lief der Wahlkampf?	10
Wenig Dynamik in den Umfragen	10
Heißer Winterwahlkampf?	11
Ausbleibender Kandidat:inneneffekt	12
Die Kampagnen im Fokus	13
Rückeroberung des digitalen Raums?	14
Was hat sich im Vergleich zur letzten Wahl verändert?	15
Es geht um was: Höchste Wahlbeteiligung seit der Wiedervereinigung	15
Ein Blick auf die Wahlkreise mit höchster und niedrigster Wahlbeteiligung ..	15
Briefwahl: Populär, aber erschwert durch verkürzte Fristen	15
Wähler:innenwanderungen	16
Wer mobilisierte ehemalige Nichtwähler:innen?	19
Auswirkung neues Wahlrecht: Zweitstimmendeckung und Wahlkreiserste ohne Mandat	20
Rückgang bei den knappen Wahlkreisen	21
Was bedeutet das Ergebnis für die Regierungsbildung?	25
Was erschwert die anstehende Koalitionsverhandlung?	26
Literaturverzeichnis	27
Abbildungsverzeichnis	27
Die Autor:innen	28

Einleitung

Die Bundestagswahl 2025 hat die politischen Mehrheitsverhältnisse in Deutschland markant verändert. Nach 16 Jahren Merkel-Regierung und aus dem Tief der Coronapandemie kommend, startete die Ampelregierung 2021 in ihre Legislatur noch mit großem Aufwind und einem Fortschrittsversprechen. Doch der Krieg in der Ukraine, die folgende Energiepreiskrise, die steigende Inflation, aber auch der anhaltende interne Streit unter den Koalitionspartnern erschütterten das Vertrauen der Bürger:innen in die Politik stark. Das hat sich in den Ergebnissen der Bundestagswahl 2025 niedergeschlagen.

- Alle Ampelparteien werden von den Wähler:innen abgestraft und erleiden herbe Verluste. Für die SPD ist es ihr schlechtestes Bundestagswahlergebnis, die Grünen fallen zurück, und die FDP zieht nicht wieder in den Bundestag ein. Die Union kann von dieser Ausgangssituation nur leicht profitieren und erreicht ihr zweitschlechtestes Ergebnis nach der Niederlage bei der Bundestagswahl 2021. Dennoch ist sie klar die stärkste Kraft und erhält den Auftrag zur Regierungsbildung. Die AfD wird zweitstärkste Kraft und stellt damit die größte Oppositionspartei. Die Linke legt zu und wird so stark wie seit zehn Jahren nicht mehr. Das ausgegründete BSW verpasst dagegen knapp den Einzug ins Parlament.
- Die in Teilen als rechtsextrem eingestufte Partei AfD wird den Diskurs im Bundestag weiter verschärfen. Als größte Oppositionspartei wird sie nicht nur immer als erste Partei das Wort im Parlament ergreifen können, sie könnte auch den Vorsitz des Haushaltsausschusses übernehmen. Insgesamt ist zu befürchten, dass der Ton im Parlament noch härter und schriller ausfällt und sich die schleichende Normalisierung der Standpunkte dieser Partei weiter fortsetzen wird. Dem entgegenzuwirken müssen alle demokratischen Parteien als einen zentralen Auftrag begreifen.
- Bei dieser Wahl ging es den Menschen um etwas. Das starke Interesse im Vorfeld der Wahlen spiegelt sich auch in der hohen Wahlbeteiligung. Am stärksten gelang es der AfD, gefolgt von der Union und dem BSW, Nichtwähler:innen an die Wahlurnen zu bringen.
- Durch das neue Wahlrecht sind die Sitze im Bundestag auf 630 begrenzt. Auch zogen 23 Kandidat:innen nicht in den Bundestag ein, da ihr gewonnenes Direktmandat nicht vom Zweitstimmenanteil im jeweiligen Bundesland gedeckt ist. Die rot eingefärbte Deutschlandkarte,

wie sie 2021 durch das Erst- und Zweitstimmenergebnis zustande kam, hat sich in eine schwarz-blaue Karte verwandelt. Die polarisierte Debatte um den Migrationskurs, die den Wahlkampf über weite Strecken bestimmte, hat das Erstarren der AfD weiter begünstigt. Allerdings konnte auch die oppositionelle Linke durch ihren klaren Kurs in dieser Frage stark für sich mobilisieren.

- Waren im Vorfeld der Wahlen Koalitionsaussagen besonders volatil, konnte der Wahlabend auch erst in der Nacht Klarheit schaffen. Dadurch dass FDP und BSW nicht im Bundestag vertreten sein werden, reicht rein rechnerisch ein Zweierbündnis aus Union und SPD für die Regierungsbildung. Die einzig andere mögliche Zweierkonstellation von Union und AfD hat die CDU/CSU ausgeschlossen. Ein Dreierbündnis aus Union, SPD und Grünen gilt als unwahrscheinlich. Weitere Alternativen wären Minderheitsregierungen oder Neuwahlen. Tritt die SPD in Sondierungsgespräche mit der Union, wird sie ihre Positionen stark verhandeln müssen. Denn nach dem hart geführten Wahlkampf haben sich die parteipolitischen Gräben vertieft, und beide Parteien werden sich aufeinander zu bewegen müssen, um einen Kompromiss zu finden.
- Die Sozialdemokratie wird durch die Wahlniederlage gleich vor eine doppelte Herausforderung gestellt. Erstens muss sie die Niederlage aufarbeiten: programmatisch, personell und organisatorisch. Sie muss klären, wofür sie inhaltlich steht, wie sie das verloren gegangene Vertrauen wiederherstellen kann und welche Personen die zukünftigen Weichenstellungen der Partei bestimmen. Zweitens, und das wird ein Spagat werden, kann es sein, dass sie in die Regierung eintreten wird. Das hätte zur Folge, dass sie kompromissorientierte Regierungsarbeit mit politischer Erneuerung kombinieren müsste. Sollte es so kommen, muss sie frühzeitig klarmachen, was sie in der Regierung erreichen will und warum sie Regierungsverantwortung übernimmt.

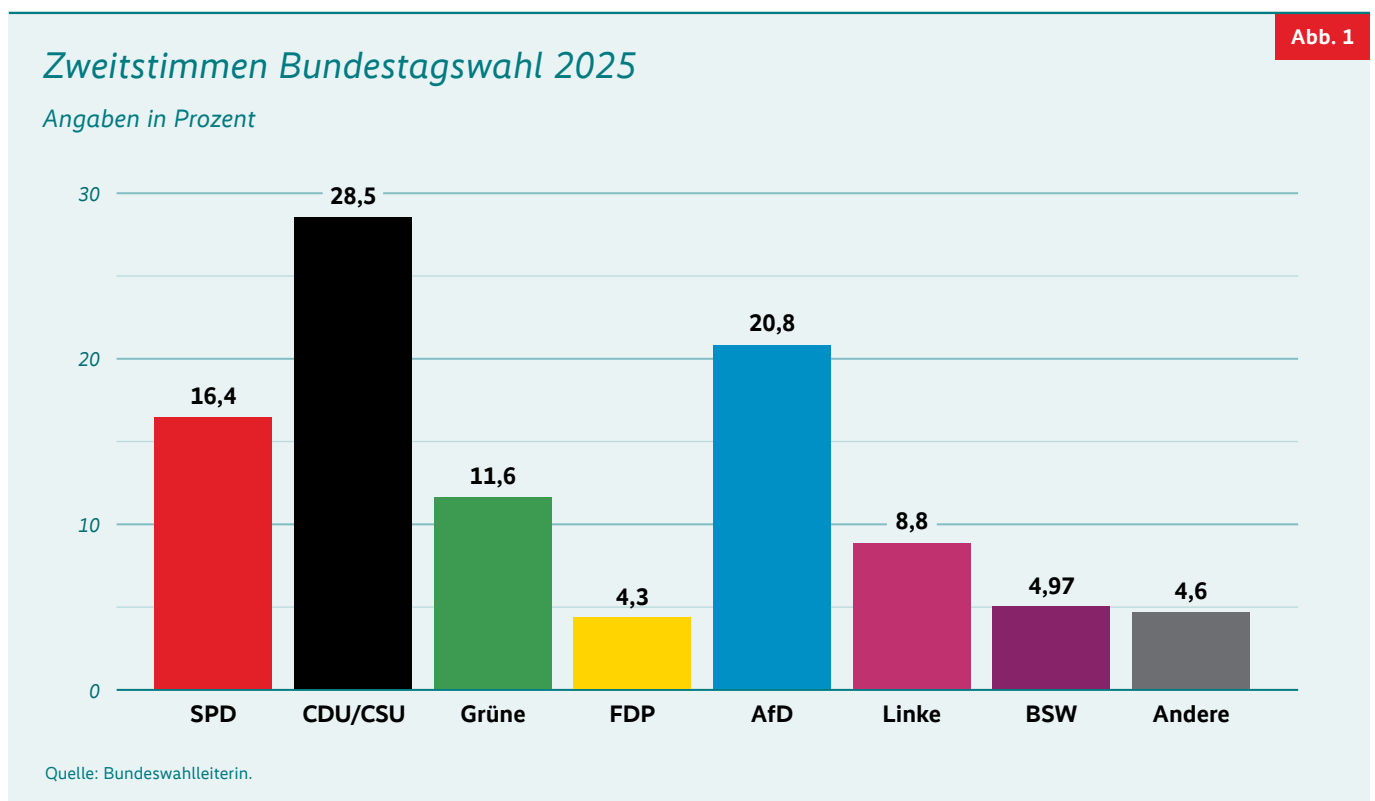
Was sind die zentralen Ergebnisse?

Die Bundestagswahl 2025 hat die politischen Mehrheitsverhältnisse im Vergleich zu 2021 drastisch verändert. Wehte 2021 nach 16 Jahren Merkel-Regierung der Wunsch nach politischer Veränderung durch das Land, erleben wir 3,5 Jahre später eine Kehrtwende. Nach dem verfrühten Regierungsende werden die Ampelparteien insgesamt mit einem Minus von fast 20 Prozentpunkten abgestraft. Zwar gewinnt die Union als stärkste Partei die Wahlen, sie bleibt jedoch hinter den Erwartungen zurück und kommt nicht auf 30 Prozent. Die in Teilen als rechtsextrem eingestufte AfD kann ihren Stimmenanteil verdoppeln und ist damit die zweitstärkste Kraft im Bundestag. Nach einer nächtlichen Zitterpartie ist klar, dass FDP und BSW nicht dem 21. Bundestag angehören werden. Damit verkleinert sich das Parlament von bisher sieben vertretenen Parteien (die Gruppen Linke und BSW mitgezählt) auf fünf. Ob diese Verkleinerung zu mehr Stabilität oder einer noch größeren Polarisierung führen wird, werden die nächsten Monate zeigen.

Als verantwortliche Kanzlerpartei trifft die Enttäuschung der Wähler:innen die SPD besonders hart, sie hat daher die stärksten Stimmeneinbußen zu verzeichnen und kommt

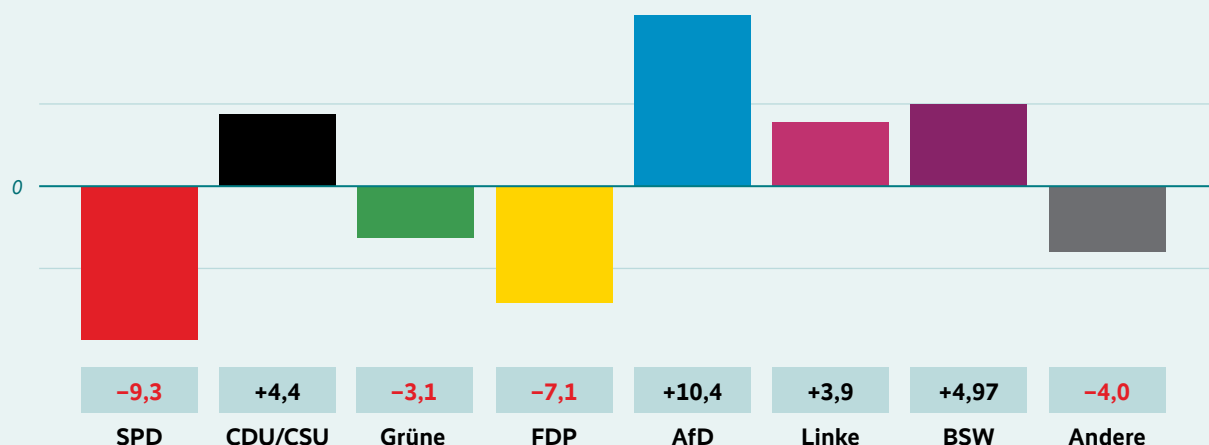
nur noch auf 16,4 Prozent – ein Minus von 9,3 Prozent. Es ist das historisch schlechteste Ergebnis der SPD bei einer Bundestagswahl. Damit verkleinert sich die SPD-Bundestagsfraktion erheblich und nur 120 Abgeordnete ziehen für die Partei ins Parlament ein (2021 waren es 206). 44 Abgeordnete gewinnen ihr Direktmandat, 76 werden über die Liste vertreten sein. War die SPD 2021 im gesamten Bundesgebiet stark vertreten, sind nach dieser Wahl in einigen Regionen nur wenige rote Flecken übriggeblieben. Ihr bestes Zweitstimmenergebnis fährt die SPD (wie auch im Vorjahr) in Emden-Aurich ein, die meisten Direktstimmen gewinnt der Ko-Parteivorsitzende Lars Klingbeil im Wahlkreis Rotenburg I-Heidekreis (42,1 Prozent). Insgesamt verliert die SPD in allen Bevölkerungsgruppen, besonders bei den Älteren ab 45 Jahren, bei Arbeiter:innen und wirtschaftlich unzufriedenen Wähler:innen. Am häufigsten wechselten die Wähler:innen von der SPD zur Union, aber auch an AfD und Linke verlor die SPD in erheblichem Maße.

Nach einem harten Wahlkampf, in den die Union als Favoritin ging, kann sie die Bundestagswahl für sich entscheiden. Sie gewinnt mit einem Stimmenanteil von 28,5 Pro-



Gewinne und Verluste im Vergleich zur Bundestagswahl 2021

Differenz Zweistimmen, Angaben in Prozent



Quelle: Bundeswahlleiterin.

zent, verzeichnet damit ein Plus von 4,4 Prozentpunkten, bleibt jedoch hinter der Zielmarke von 30 Prozent zurück. Nach der Niederlage von 2021 ist dies ihr zweitschlechtestes Ergebnis bei einer Bundestagswahl. Im Bundestag werden CDU/CSU mit 208 Abgeordneten vertreten sein, davon ziehen 172 direkt und 36 über die Liste in den Bundestag ein. Damit hat sich die Wahlkreiskarte in den meisten Regionen auch schwarz eingefärbt. Mit über 50 Prozent erzielt Dorothee Bär das beste Erststimmenergebnis für die Union, im Hochsauerland kann sich Spitzenkandidat Friedrich Merz über das beste Zweitstimmenergebnis freuen (43,6 Prozent). Die Union kann in allen Bevölkerungsgruppen hinzugewinnen, am deutlichsten fällt dies bei Wähler:innen über 35 Jahren, aber auch bei formal Niedriggebildeten aus. In sämtlichen Berufsgruppen kann sie ebenfalls überzeugen. Insgesamt 3 Millionen Wähler:innen wandern von SPD und FDP zur Union, ungefähr 1 Million verliert sie an die AfD.

Auch die Grünen verlieren als Partner der Ampelkoalition und kommen am Wahlabend auf 11,6 Prozent (-3,1 Prozent). Der Grünen-Bundestagsfraktion werden 85 Abgeordnete angehören, nur zwölf Kandidierende konnten ein Direktmandat erwerben, 73 ziehen über die Liste ein. Ihre gute Performance, die sie 2021 vor allem in größeren Universitätsstädten erzielte, müssen die Grünen vielfach einbüßen. In Köln gelingt es Sven Lehmann, die meisten Erststimmen zu mobilisieren, und in Münster und Freiburg fahren die Grünen ihre besten Zweitstimmenergebnisse ein (26,6 Prozent). Stark verloren haben die Grünen in der jüngsten Altersgruppe, treu bleiben häufig Wähler:innen mit hohem Bildungsabschluss sowie Beamt:innen. Besonders häufig wechselten Grünen-Wähler:innen bei dieser Wahl zur Linken und zur Union.

Von dem Unmut im Land profitiert am stärksten die AfD: Sie kann ihren Stimmenanteil im Vergleich zu 2021 verdop-

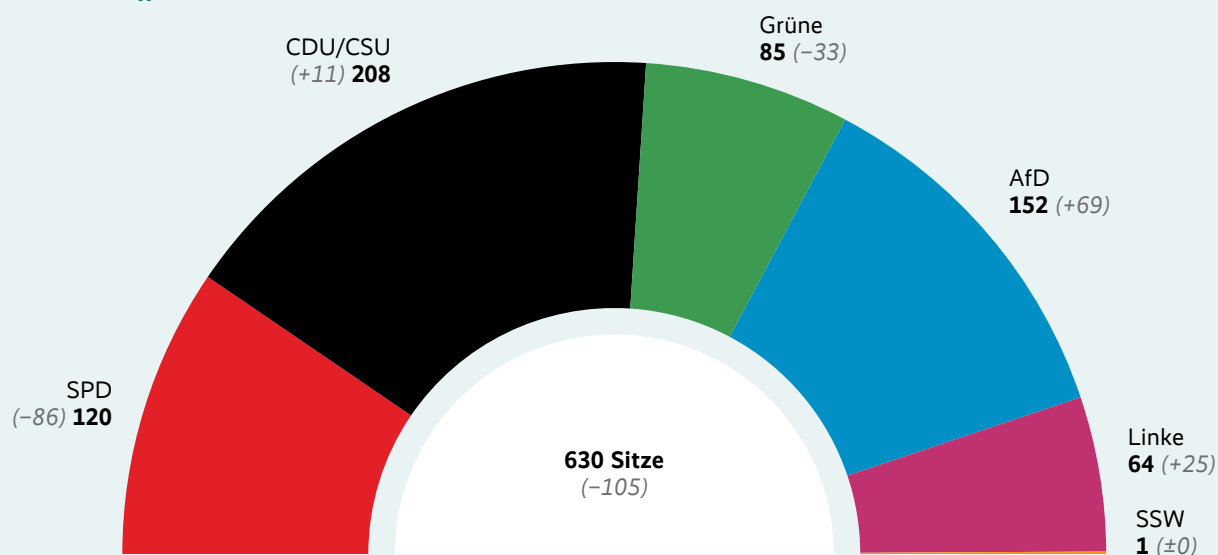
eln und kommt auf ein Ergebnis von 20,8 Prozent. Sie wird mit 152 Sitzen im zukünftigen Bundestag vertreten sein, davon ziehen 42 Abgeordnete direkt in den Bundestag ein. Ein Blick auf die Wahlkreiskarte zeigt, dass sich Ostdeutschland blau gefärbt hat. Das beste Erststimmenergebnis holt die AfD mit 49,1 Prozent im Wahlkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge, auch weitere zwölf Direktkandidat:innen kommen auf über 40 Prozent und liegen damit deutlich vor den anderen Parteien. Auf ihr bestes Zweitstimmenergebnis kommt sie mit 46,7 Prozent in Görlitz. Auch in zwei westdeutschen Wahlkreisen wird die AfD erstmals stärkste Partei bei den Zweitstimmen: In Gelsenkirchen liegt sie vor der SPD und in Kaiserslautern vor der Union. Ihre Wähler:innenbasis konnte die AfD in sämtlichen Bevölkerungsgruppen verbreitern, besonders häufig wurde sie von jungen Männern, Arbeiter:innen und wirtschaftlich Unzufriedenen gewählt. Insbesondere gelang es der Partei, Nichtwähler:innen zu mobilisieren, aber auch ehemalige Unions- und FDP-Wähler:innen machten bei dieser Wahl ihr Kreuz häufiger bei der AfD.

Der Überraschungssieger der Bundestagswahl ist die Linke mit 8,8 Prozent, einem Plus von 3,9 Prozentpunkten. Für sie ziehen 64 Abgeordnete in den Bundestag, sechs über ein Direktmandat. Die als Rettungsaktion gestartete „Mission Silberlocke“, die über drei Mandate den Wiedereinzug sichern sollte, übertrifft die Partei damit bei Weitem. Gregor Gysi erzielt mit 41,8 Prozent nicht nur das beste Erststimmenergebnis, er wird voraussichtlich auch der neue Alterspräsident des Bundestages sein. Insgesamt wird die Linke im Land Berlin mit 19,9 Prozent der Zweitstimmen stärkste Kraft. Ihren Zuwachs verdankt die Partei vor allem jungen, urbanen Milieus.

Der von der FDP provozierte Regierungsbruch wird von den Wähler:innen hart abgestraft, mit 4,3 Prozent verliert die FDP nicht nur 7,1 Prozentpunkte zu 2021, sie verpasst

Sitzverteilung im 21. Deutschen Bundestag

Anzahl Sitze, Differenz zu 2021



Quelle: Bundeswahlleiterin.

auch den Wiedereinzug in den Bundestag. Der Parteivorsitzende Christian Lindner kündigte bereits am Wahlabend seinen Rückzug aus der aktiven Politik an, um so den Weg für die Erneuerung freizumachen.

Auch das BSW verpasst mit rund 13.500 fehlenden Stimmen knapp den Einzug in den Bundestag. Der parteipolitische Shootingstar aus dem Jahr 2024 musste eine harte Landung erleben. Nachdem das BSW im vergangenen Jahr Erfolg an Erfolg knüpfen konnte (Einzug in das Europäische Parlament, zweistellig in den Landtagswahlen in Ostdeutschland, Regierungsbeteiligung in Brandenburg und Thüringen), bricht dieser jäh ab. Was diese Niederlage für die junge Partei bedeuten wird, wird sich erst in den kommenden Monaten zeigen.

Wer hat wen gewählt?

Die Unterschiede im Wahlverhalten zwischen Ost und West bleiben deutlich vorhanden

Wie bereits bei den vergangenen Bundestagswahlen zeigen sich deutliche Unterschiede im Wahlverhalten der Bevölkerung in den ost- und westdeutschen Bundesländern. Die Sozialdemokrat:innen verzeichnen besonders im Osten der Republik deutliche Verluste von 12,3 Prozentpunkten und kommen hier nur noch auf 12 Prozent. Im Westen sind es noch 18 Prozent. Im Vergleich zur letzten Wahl sind die Verluste der Direktmandate in beiden Regionen besonders spürbar, wodurch sich die Fraktion insgesamt von 206 auf 120 Abgeordnete verkleinert. Von den 120 Abgeordneten konnten 37 Prozent als Wahlkreiserste einziehen.

Die Unionsparteien und die AfD haben ein nahezu spiegelbildliches Ergebnis in West und Ost erzielt. Während die CDU/CSU ihr Ergebnis im Westen auf 31 Prozent (+5,1 Prozentpunkte) verbessern konnte, blieb sie im Osten mit 19 Prozent (+1,4 Prozentpunkte) sehr nahe an ihrem Ergebnis der letzten Wahl. Die AfD kommt im Westen wiederum auf 18 Prozent (+9,8) und im Osten sogar auf 32 Prozent (+12,7 Prozentpunkte) und wird damit stärkste Kraft in den ostdeutschen Bundesländern. Auch die Grünen sind traditionell im Westen stärker (13 Prozent vs. 8 Prozent) und verlieren in beiden Regionen nahezu gleich viel. Die Linke kann ihr besseres Ergebnis weiterhin in den ostdeutschen Bundesländern erringen, hier kommt sie auf 13 Prozent. Aber auch im Westen verbessert sie ihr Ergebnis um 4 Prozentpunkte auf 8 Prozent. Auch bei dem nicht im neuen Bundestag vertretenen BSW findet sich ein deutlicher Ost-

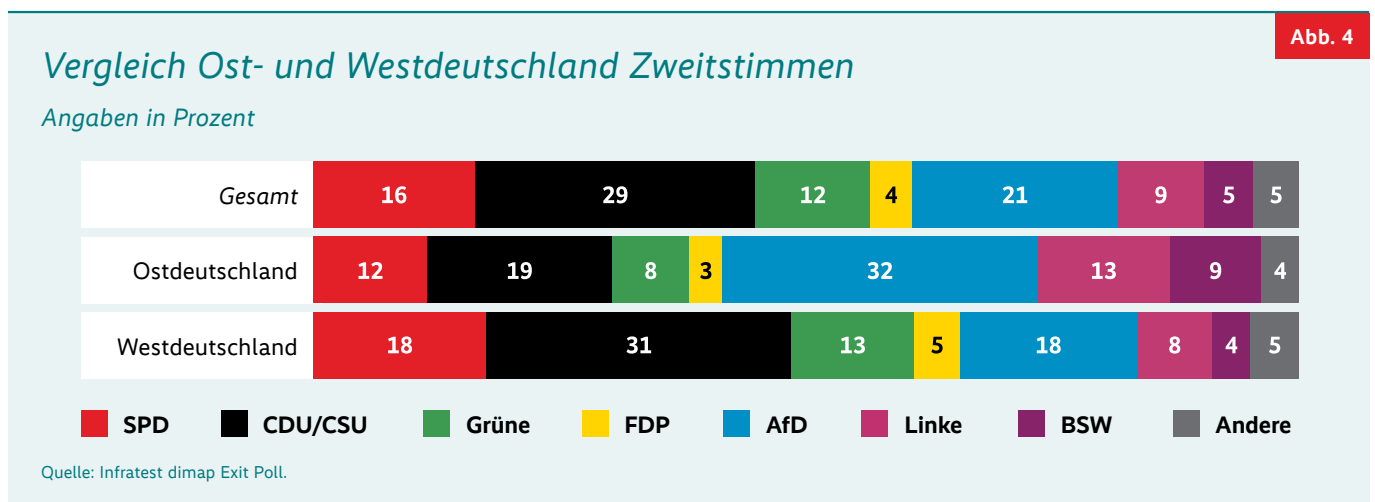
West-Unterschied, im Osten kommt die neue Partei immerhin auf 9 Prozent.

Linke Frauen und rechte Männer?

Auch andere Bevölkerungsgruppen zeigen deutliche Unterschiede in ihrem Abstimmungsverhalten. Während die Unionsparteien sowohl bei Frauen als auch bei Männern auf den ersten Platz kommen (30 vs. 27 Prozent), schaffen die Sozialdemokrat:innen es bei den Frauen auf Platz zwei (18 Prozent), während die AfD bei Männern mit 24 Prozent den zweiten Platz belegt. Der dritte Rang in der Gunst der Geschlechter geht mit 15 Prozent bei den Männern an die SPD und mit 18 Prozent an die AfD bei Frauen. Insgesamt schneiden linke Parteien bei Frauen und rechte Parteien bei Männern besser ab.

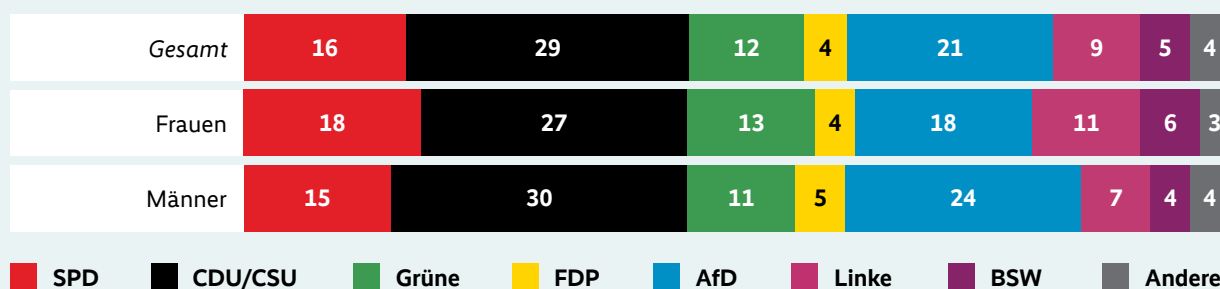
Viel Bewegung bei den Jüngsten

Die Bundestagswahl zeigt wieder einmal deutliche Altersunterschiede im Wahlverhalten. Zusätzlich hat es gravierende Verschiebungen innerhalb der jüngsten Altersgruppe im Vergleich zur letzten Wahl gegeben. In der Gruppe der 18- bis 24-Jährigen ist die Linke mit 25 Prozent (+17 Prozentpunkten) die große Gewinnerin. Erst mit etwas Abstand folgt die AfD in dieser Altersgruppe auf dem zweiten Platz mit 21 Prozent. Diese Altersgruppe hat sich im Vergleich zur Bundestagswahl 2021 vor allem von der FDP (-16 Prozentpunkte) und den Grünen (-13 Prozentpunkte)



Vergleich Frauen/Männer Zweitstimmen

Angaben in Prozent



Quelle: Infratest dimap Exit Poll.

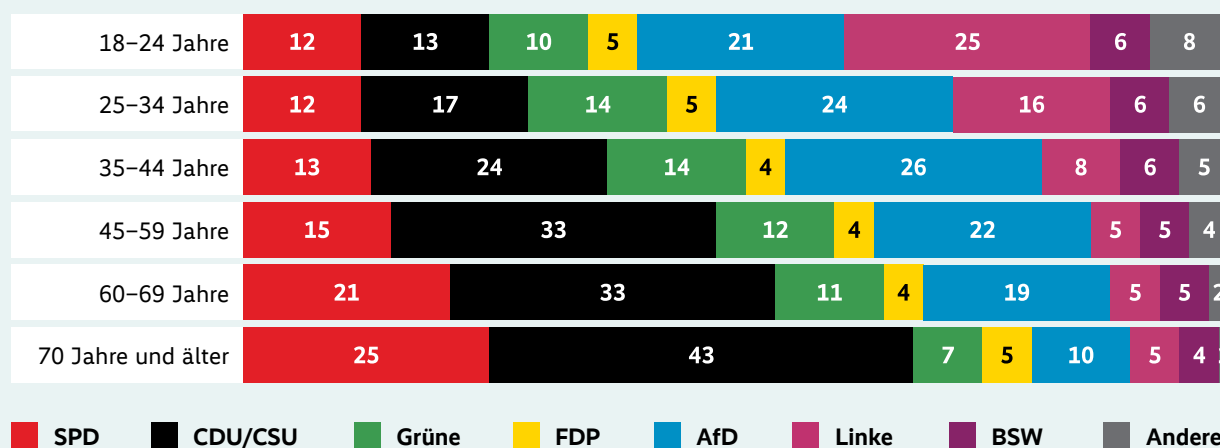
abgewandt. Die SPD und die Unionsparteien liegen in der jüngsten Wählergruppe mit 12 bzw. 13 Prozentpunkten fast gleichauf. In den beiden mittleren Alterskohorten (25 bis 34 Jahre und 35 bis 44 Jahre) wird erstmals die AfD stärkste Kraft, während die Unionsparteien durch deutliche Zugewinne die SPD in allen Altersgruppen über 45 Jahren als stärkste Kraft ablösen. Für die Sozialdemokrat:innen setzt sich in dem Wahlergebnis der Trend einer durchschnittlich immer älter werdenden Wählerschaft fort. Ihre stärksten Ergebnisse erzielt sie bei den 60- bis 69-Jährigen mit 21 Prozent und in der Gruppe 70 Jahre und älter mit 25 Prozent. Allerdings verliert sie auch in diesen beiden Gruppen am deutlichsten um die 10 Prozentpunkte.

Deutliche Verschiebungen im Wahlverhalten nach Berufsgruppen und Bildung

Innerhalb der Bildungsgruppen zeigt sich besonders bei Wähler:innen mit einer formal niedrigen und mittleren Bildung eine deutliche Verschiebung. In der Gruppe derjenigen mit einer niedrigen formalen Bildung liegen Union und AfD mit weitem Abstand vorne. Während die Union hier auf dem gleichen Niveau zu 2021 bleibt, gewinnt die AfD 16 Prozentpunkte hinzu. Die SPD hingegen verliert 13 Prozentpunkte und kommt nur noch auf den dritten Platz innerhalb dieser Gruppe. Auch bei den Wähler:innen mit mittlerer Bildung teilen sich die CDU/CSU und die AfD den ersten Platz mit 28 Prozent. Und auch hier decken sich die Verluste der SPD (-12 Prozentpunkte) ungefähr mit den Zugewinnen der AfD (+13 Prozentpunkte). In der Wählerschaft mit einer formal hohen Bildung kann die CDU/CSU ihr Ergebnis deutlich verbessern und nimmt deshalb mit

Vergleich Altersgruppen Zweitstimmen

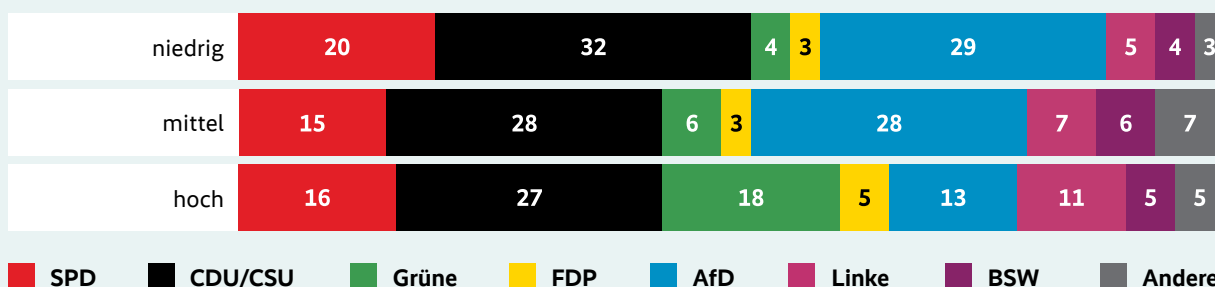
Angaben in Prozent



Quelle: Infratest dimap Exit Poll.

Vergleich formale Bildung Zweitstimmen

Angaben in Prozent



Quelle: Infratest dimap Exit Poll.

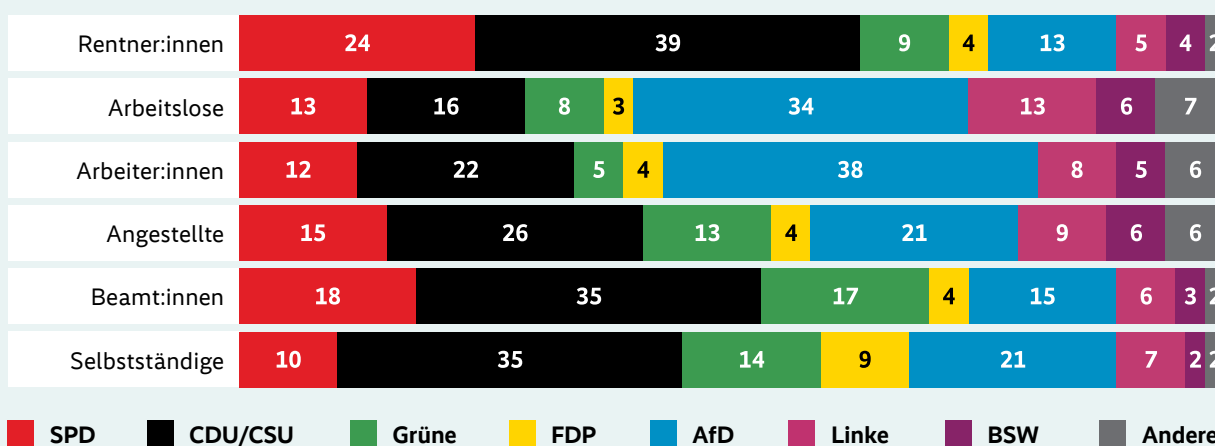
Abstand den ersten Platz ein, während Grüne und SPD deutliche Verluste verzeichnen.

Das Wahlverhalten unterscheidet sich ebenfalls deutlich, wenn wir die Bevölkerung nach Beschäftigungsverhältnis betrachten. Besonders große Unterschiede zeigen sich bei Arbeiter:innen, unter denen die AfD 17 Prozentpunkte hinzugewinnen konnte und nun mit 38 Prozent noch deutlich vor der CDU/CSU mit 22 Prozent liegt. Die SPD muss ihren vormals ersten Rang in dieser Wähler:innengruppe mit einem Verlust von 14 Prozentpunkten aufgeben und landet bei 12 Prozent. Unter den Rentner:innen liegen die CDU/CSU (39 Prozent) und SPD (24 Prozent) vorne. Die stärkste Verschiebung hat es unter arbeitslosen Wähler:innen gegeben. Hier dominiert nur noch die AfD 34 Prozent (+17 Prozentpunkte), während alle anderen Parteien weit abgeschlagen sind. Näher beieinander stimmen die Wähler:innen in der Gruppe der Angestellten ab. Zwar finden sich

auch hier Union (26 Prozent) und AfD (21 Prozent) auf den ersten Plätzen, allerdings ist der Abstand zu SPD (15 Prozent) und Grünen (13 Prozent) weniger groß. Eine besonders drastische Verschiebung hat auch unter denjenigen stattgefunden, die ihre eigene wirtschaftliche Lage als weniger gut oder schlecht einschätzen. Hier hat die AfD 20 Prozentpunkte hinzugewonnen und kommt nun auf 39 Prozent. Die SPD verliert hingegen 15 Prozentpunkte innerhalb dieser Gruppe. Auch die anderen Ampelparteien verlieren hier mit jeweils 5 Prozentpunkten deutlich, während die CDU/CSU bei 17 Prozent bleibt.

Vergleich Beruf/Tätigkeit Zweitstimmen

Angaben in Prozent



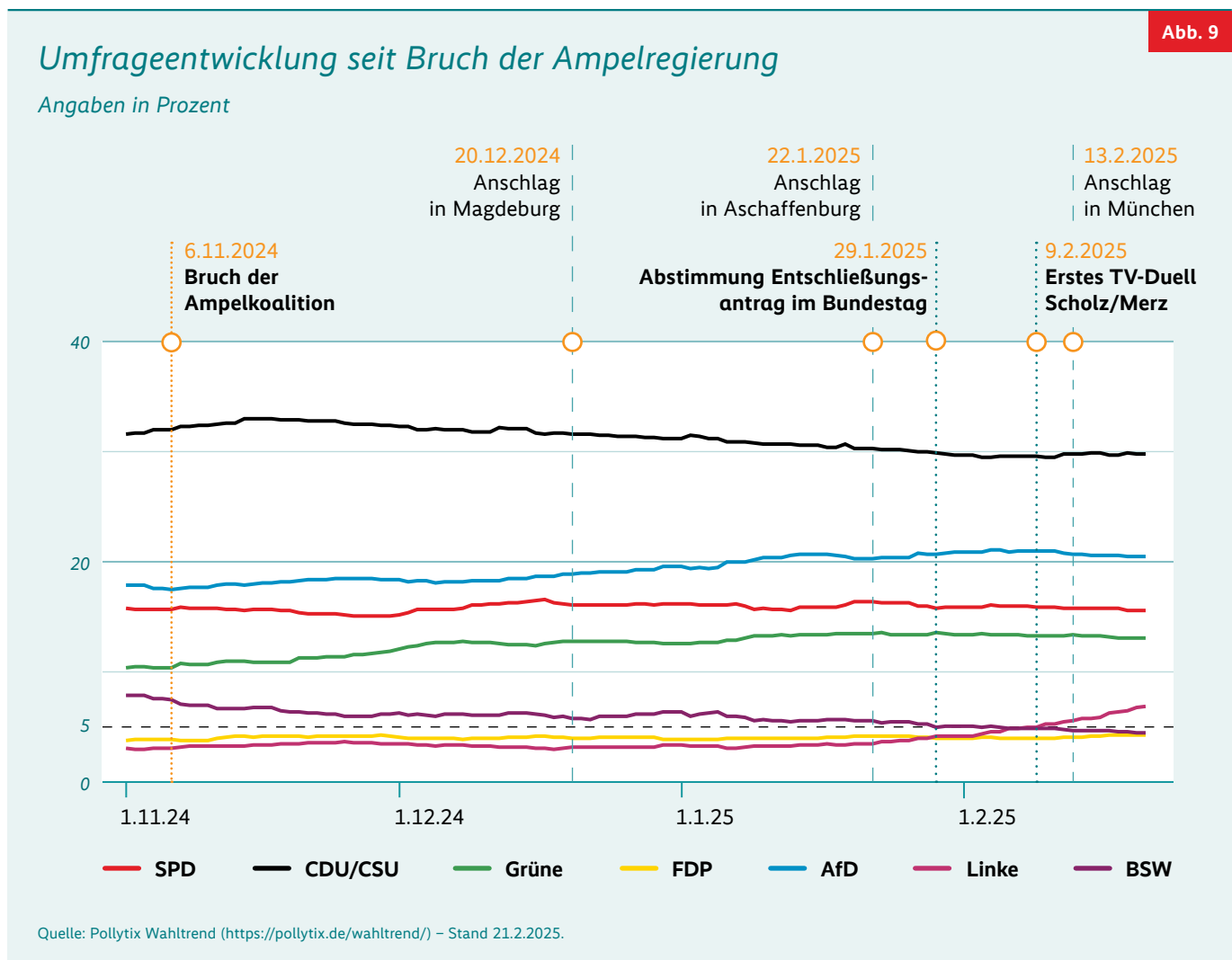
Quelle: Infratest dimap Exit Poll.

Wie lief der Wahlkampf?

Wenig Dynamik in den Umfragen

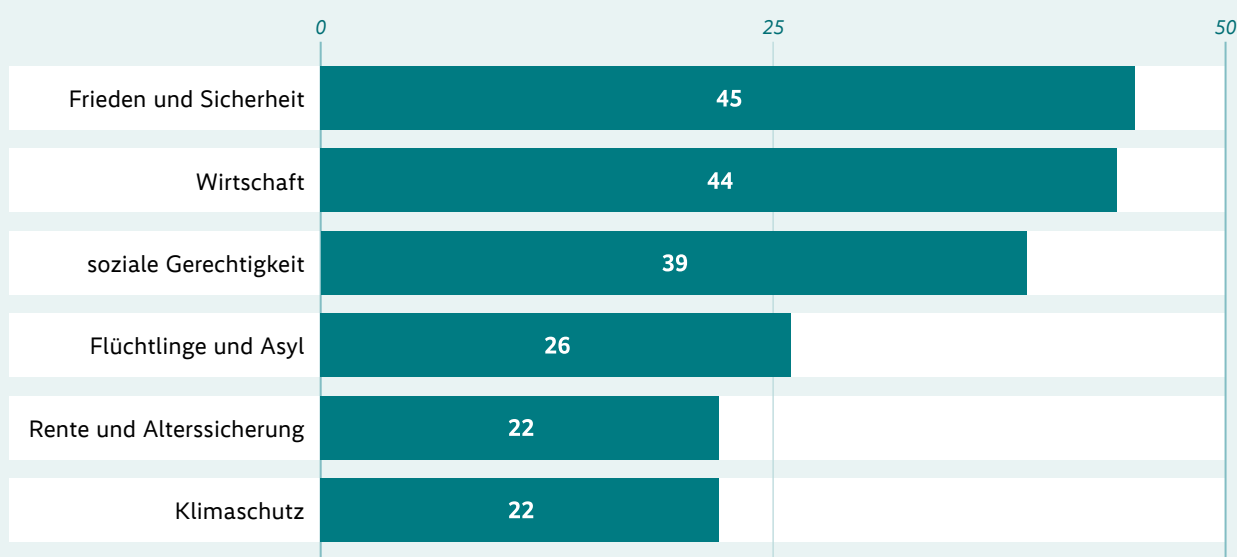
Betrachtet man die gemittelten Umfragewerte seit dem Bruch der Ampelregierung am 6. November 2024, fällt als Erstes die Gleichförmigkeit der Linien ins Auge. Große Sprünge nach oben oder unten bleiben aus, nur geringe Bewegungen sind erkennbar und dies auch nur im direkten Vergleich der Einzelwerte (Stichdatum 6. November 2024 und 21. Februar 2025). So gibt es auf der Gewinner- und Verliererseite lediglich kleinere Effekte: Die größten Prozentgewinne in den Umfragen verzeichnen im kurzen Winterwahlkampf die Linke, die AfD und die Grünen mit fast jeweils 3 Prozentpunkten. Insbesondere für die schon totgesagte Linke ist der Zugewinn eine Erleichterung, denn

das sichert ihr den Wiedereinzug in den Bundestag. Auf der Verliererseite mit den stärksten Einbußen finden sich hingegen die Unionsparteien, die knapp unter 30 Prozent fallen und aus dem vorzeitigen Regierungsaus kein Kapital schlagen können, sowie das BSW, das an der Fünfprozenthürde scheitert. Die Werte für SPD und FDP stagnieren. Der als Befreiungsschlag von der FDP inszenierte „D-Day“ zahlt sich nicht aus: Erst auf den letzten Metern kurz vor dem Wahltermin und nur in vereinzelt Umfragen gelang ihr zwischenzeitlich der Sprung über die Sperrklausel. Die Kanzlerpartei SPD verpasste es, eine Aufholjagd wie 2021 zu entfachen, und verharrt bei knapp 16 Prozent.



Wichtigste Themen für die Wahlentscheidung

Angaben in Prozent



Quelle: Forschungsgruppe Wahlen, Politbarometer Februar II 2025, KW 07.

Heißer Winterwahlkampf?

Von der Gleichförmigkeit der Umfragewerte auf einen ereignislosen Wahlkampf zu schließen, wäre jedoch vorschnell. Im Gegenteil, er war von einschneidenden Ereignissen geprägt. Allerdings gelang es keiner Partei, den Wahlkampf mit eigenen Themenaspekten zu treiben, stattdessen schieben sie Getriebene der Ereignisse zu sein.

Standen in den ersten Wochen nach dem Ampelbruch eher prozedurale Fragen im Vordergrund (Wann stellt der Bundeskanzler die Vertrauensfrage? Wann ist der Wahltermin? Haben die Kommunen genügend Zeit, die Wahlen vorzubereiten?), wurden diese schnell von Hiobsbotschaften aus der deutschen Industrie zum umfangreichen Stellenabbau abgelöst. Zu diesem Zeitpunkt waren die Berliner Parteizentralen noch der Überzeugung, dass es einen Wirtschaftswahlkampf mit einem Wettbewerb um die überzeugendsten Konzepte zur Rettung der deutschen Wirtschaft geben würde, jedoch wendete sich das Blatt kurz vor Weihnachten.

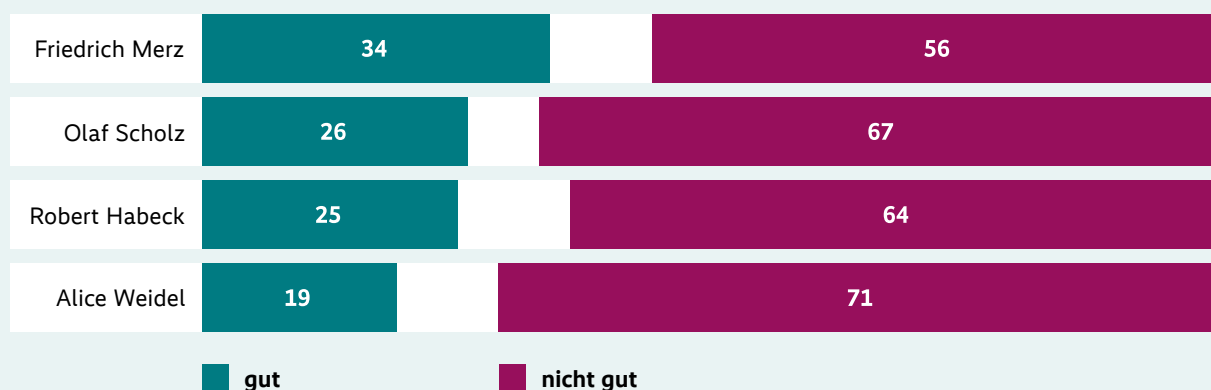
Innerhalb von zehn Wochen wurden in Magdeburg (20. Dezember 2024), Aschaffenburg (21. Januar 2025) und München (13. Februar 2025) Anschläge mit zahlreichen Todesopfern von (ehemaligen) Asylbewerbern verübt. Die Frage über die richtige Ausrichtung in der Flucht- und Asylpolitik bestimmte fortan die mediale und öffentliche Debatte. Doch blieb es nicht bei einer Debatte. Nach dem Anschlag von Aschaffenburg forderte Merz eine umgehende Wende der Migrationspolitik in Deutschland. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion stellte daher am 29. Januar einen Entschließungsantrag im Bundestag zur Verschärfung der

Migrationspolitik zur Abstimmung. Hierbei handelte es sich um einen Antrag, den die Union bereits im Innenausschuss im Herbst 2024 eingebracht hatte, der jedoch abgelehnt worden war. Somit war von vornherein klar, dass dieser keine Mehrheit mit den notwendigen Stimmen von SPD und Grünen erhalten würde. Eine Mehrheit konnte es nur mit den Stimmen der AfD geben – ein Umstand, den die Union billigend in Kauf nahm. Die Freude über den beschlossenen Antrag fiel aufseiten der AfD dementsprechend groß aus, da sie zum ersten Mal in ihrer Parlamentsgeschichte einem Antrag im deutschen Bundestag zum Erfolg verholfen hatte – und damit auch ihre Position mehrheitsfähig war. In die emotionale und polarisierte Debatte zwischen konservativem und progressivem Lager, die eine Kompromissfindung unmöglich machte, schaltete sich sogar die ehemalige Bundeskanzlerin Angela Merkel ein und rief zur Mäßigung auf. Zwei Tage später scheiterte ein von der Union eingebrachter Gesetzesentwurf ähnlichen Inhalts. Die Mehrheit kam nicht zustande, da einzelne Abgeordnete der Union, der FDP und des BSW der Abstimmung fernblieben.

Dass sich die Union zum Steigbügelhalter der AfD machte und die Brandmauer bröckeln ließ, brachte in den folgenden Tagen Hunderttausende Menschen auf die Straßen, die gegen den Tabubruch der Union demonstrierten. Auswirkungen auf die Umfragewerte hatte jedoch beides nicht: weder die Abstimmungen im Bundestag zur Migrationspolitik noch die Massendemonstrationen gegen die gemeinsame Abstimmung mit der AfD führten zu substanziellen Veränderungen. Die Unionsparteien verloren leicht, die AfD konnte leicht punkten, am ehesten scheint die Linke von ihrer klaren Haltung profitiert zu haben. So ging nicht nur das Video der Bundestagsrede von Heidi Reichinnek (Spit-

Bewertung der Kanzlerkandidat:innen

Geben Sie bitte zu den folgenden Politiker:innen an, ob diese aus Ihrer Sicht ein guter Kanzler bzw. eine gute Kanzlerin wären. Wie ist das mit ...?



Hinweis: Werte in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent: weiß nicht/keine Angabe.
Quelle: ARD-DeutschlandTREND Februar II 2025.

zenkandidatin der Linken), die sie als Replik auf den Tabubruch der Union hielt, in den sozialen Medien viral, auch verzeichnete die Partei Rekordertritte (mehr als 23.000 seit Jahresbeginn).

Würde man lediglich die Schlagzeilen ab Januar als Gradmesser für die wahlbestimmenden Themen nehmen, so würde man schließen, dass die Positionierung der Parteien in der Flucht- und Asylpolitik das alles entscheidende Wahlmotiv gewesen wäre. Dies ist jedoch ein Trugschluss. Zwar rangiert der Themenkomplex in der Problemwahrnehmung der Bürger:innen ganz oben (42 Prozent, Politbarometer Forschungsgruppe Wahlen KW7), wird jedoch noch knapp überholt von der als problematisch angesehenen wirtschaftlichen Lage (43 Prozent). Werden die Wähler:innen gefragt, welches die wichtigsten Themen für die eigene Wahlentscheidung sind, so treten ganz andere Themen in den Vordergrund. Hier rangieren die Frage nach Frieden und Sicherheit (45 Prozent) und Verbesserung der wirtschaftlichen Situation (44 Prozent) ganz oben auf der Themenagenda. Soziale Gerechtigkeit folgt mit 39 Prozent, und erst auf Platz vier mit einem deutlichen Abstand bei 26 Prozent wird die Flucht- und Asylpolitik genannt. Augenscheinlich besteht eine erhebliche Diskrepanz zwischen der medial dominierten Themenagenda und dem, was für die Bürger:innen tatsächlich entscheidend ist. Die Medien haben in ihrer Berichterstattung nicht zu einer ausgewogenen Themendarstellung beigetragen, sondern diese eher noch verschärft. Diese Schiefelage wurde erst in den TV-Beggnungen korrigiert, in denen sich die Spitzenkandidat:innen den direkten Fragen der Bürger:innen stellten. Rente, Wohnungsbau, Gesundheitsversorgung und die geopolitischen Umbrüche standen im Mittelpunkt des Interesses. Dass es den Parteien nicht gelungen ist, den einseitig auf Flucht- und Asylpolitik fokussierten Wahlkampf zu durchbrechen, ist bitter. Zumal alle Kandidat:innen erfreut darüber erschienen, nicht immer zum selben Themenkomplex

Rede und Antwort stehen zu müssen. Auch wurden in diesen medialen Foren die Unterschiede zwischen den politischen Parteien in zentralen Fragen, beispielsweise der Finanzierung von Investitionen, besonders deutlich. Wurde in den Vorjahren eine zu geringe Unterscheidbarkeit zwischen den Parteien bemängelt, so traten die verschiedenen politischen Positionen in diesem Wahlkampf wesentlich klarer zum Vorschein.

Ausbleibender Kandidat:inneneffekt

Noch nie gab es so viele Bewerber:innen für das Kanzleramt wie bei dieser Wahl, und noch nie war das gesamte Feld der Kandidat:innen so unbeliebt in Umfragen wie dieses Mal. Keiner/keinem sind die Herzen der Wähler:innen zugeflogen. Im Gegenteil, sowohl die alten als auch die neuen Kandidat:innen hatten mit starken Vorbehalten gegen ihre Person zu kämpfen. Dies mag auch ein Erklärungsfaktor dafür sein, warum noch kurz vor dem Wahltag fast ein Drittel der Wahlberechtigten unschlüssig war, wen sie wählen sollten.

Der Herausforderer Friedrich Merz führt die Rangfolge in der Bewertung der Kanzlerkandidat:innen mit 34 Prozent an. Vergleicht man diesen Wert jedoch mit vorherigen konservativen Kanzlerkandidat:innen, so war niemand so unbeliebt wie Friedrich Merz. Kanzler Scholz und Vize-Kanzler Habeck folgen nicht weit davon entfernt mit Zustimmungswerten von 26 bzw. 25 Prozent, liegen aber ebenfalls deutlich hinter den Werten der letzten Bundestagswahlen. Alice Weidel bildet mit 19 Prozent das Schlusslicht, was zum einen die Unbeliebtheit der Person unterstreicht, zum anderen aber auch, dass die AfD mittlerweile nicht aus Protest, sondern aus Überzeugung trotz einer schwachen Kandidatin gewählt wird.

Für Olaf Scholz wurde der Kanzlerbonus eher zu einem Kanzlermalus, da er in den Augen vieler Wähler:innen die unbeliebte und mit dem Bruch gescheiterte Ampelregierung repräsentierte. Auch die kurze, aber öffentliche Debatte, ob er oder Verteidigungsminister Boris Pistorius die SPD in den Wahlkampf führen sollte, trug nicht zu einem geschlossenen Bild der Partei bei. In den Nachbefragungen der TV-Duelle schnitt Scholz in puncto Sympathie und Kompetenz tendenziell besser ab als seine Kontrahent:innen. Eine Aufholjagd wie 2021 konnte der Kanzler jedoch nicht auslösen, dabei startete er zu Beginn der Ampelregierung nach Analysen von Infratest dimap (Deutschland-Trend Februar 2025) mit sehr guten Werten, die über den Verlauf der Legislatur mit steigender Unzufriedenheit über die Koalition stark nachließen.

Obwohl Friedrich Merz als aussichtsreicher Herausforderer in den Wahlkampf ging, gelang es ihm nicht, die Sympathien der Wähler:innen auf sich zu vereinen. Aus den Fehlern der Bundestagswahl 2021 lernend, bei der lange offenstand, ob Armin Laschet oder Markus Söder Kanzlerkandidat werden sollte, nominierte die Union Friedrich Merz bereits im September 2024 zum Kanzlerkandidaten. Diese geschlossene Einigkeit von CDU und CSU wurde auch über den Wahlkampf aufrechtgehalten, Störfeuer aus Bayern wie noch 2021 blieben aus. Dennoch konnte Friedrich Merz in den Politikerrankings wenig Boden gut machen und schneidet im DeutschlandTrend von Infratest dimap (Februar 2025) nur 7 Prozentpunkte besser ab als Armin Laschet bei der Bundestagswahl 2021 (Merz 32 Prozent, Laschet 25 Prozent).

Mit Robert Habeck und Christian Lindner zogen für die Grünen und für die FDP ebenfalls zwei zentrale Figuren aus der Ampelregierung in den Wahlkampf. Bereits seit Beginn der Legislatur stand Robert Habeck dabei für einen anderen Kommunikationsstil, der als reflektierter und zugänglicher als sonstige Politiker gelobt wurde. Das spiegelt sich auch in den Zustimmungswerten zu seiner Person, die jedoch nach dem Debakel um das „Heizungsgesetz“ 2023 einbrachen. Nachdem Annalena Baerbock die Grünen 2021 in den Wahlkampf führte, war der Antritt Robert Habecks als Kanzlerkandidat vier Jahre später ausgemachte Sache. Seine Bewerbung als Spitzenkandidat inszenierte er via Social Media am Küchentisch und setzte sich damit demonstrativ von allen Mitbewerber:innen ab.

Die Kampagnen im Fokus

Ob es die Furcht vor einem Rechtsruck ist, der Wunsch nach einer rigiden Migrationspolitik, die Sorge um den wirtschaftlichen Abschwung, die Enttäuschung über die Ampelregierung oder das internationale Beben der neuen US-Regierung – zahlreiche Faktoren haben zur Mobilisierung der Wähler:innen beigetragen. Damit war die Ausgangslage für die Parteien in diesem Wahlkampf gut, die Aufmerksamkeit der Wahlberechtigten für ihre politischen Positionen zu gewinnen. Die Menschen hatten den Eindruck, bei diesen

Wahlen ginge es um etwas, und sie wollten sich informieren. Laut Forschungsgruppe Wahlen war das Interesse an der diesjährigen Wahl mit 87 Prozent besonders hoch, 2021 waren es nur 76 Prozent. Das starke Interesse zeigt sich auch im neuen Nutzungsrekord des Wahl-O-Mat: Hatten vor der Bundestagswahl 2021 21,2 Millionen Menschen den Wahl-O-Mat als Entscheidungshilfe genutzt, waren es 2025 schon 21,5 Millionen Menschen. Noch nie wollten so viele Menschen eine informierte Wahlentscheidung treffen. Auch die hohen Einschaltquoten bei den diversen TV-Formaten, in denen die Kanzler- und Spitzenkandidat:innen aufeinandertrafen, untermauern das hohe Interesse.

Dabei versuchten die Parteien fast alle, auf die veränderte internationale Sicherheitslage und die starke gesellschaftliche Verunsicherung in ihren Kampagnen einzugehen. Am deutlichsten machte die SPD das Thema Sicherheit zur Kernbotschaft ihrer Kampagne, beschränkte dies aber nicht nur auf den Bereich Verteidigung, sondern ebenso auf die soziale Sicherung. Olaf Scholz wurde dabei mit seinem Versprechen für einen stabilen wertebasierten Kurs in schwierigen Zeiten verortet.

Die Grünen versuchten es mit dem umgekehrten Weg und stellten in ihrer Kampagne den turbulenten Zeiten das Thema Zuversicht entgegen. Dabei spielte das früher zentrale Thema des Klimaschutzes lediglich eine untergeordnete Rolle, stattdessen wurden der Spitzenkandidat Robert Habeck und ein deutlicher Mittekurs ins Zentrum gerückt.

Ganz anders fiel der Ton der CDU/CSU-Kampagne aus. Hier stand der Politikwechsel im Fokus und die Abwahl jeglicher linker Politik, die aus Sicht der Union für die schlechte Lage Deutschlands verantwortlich sei. So sticht das kleine Wörtchen „wieder“ in der Kampagne hervor („wieder stolz sein“, „wieder durchsetzen“, „wieder lohnen“). Dabei zielte die Union auf die konservative Mitte der Bevölkerung und scheute auch nicht vor (gemäßigter) rechtspopulistischer Rhetorik und scharfen Angriffen auf die Grünen zurück.

Die FDP setzte alles auf eine Karte, und die hieß Christian Lindner. Die Partei versprach „Alles kann sich ändern“, man müsse nur „mehr Milieu und Musk wagen“. Damit rückte sie Themen wie Entbürokratisierung, Digitalisierung und vor allem ihr neoliberales Wirtschaftsverständnis in den Mittelpunkt.

Die AfD wurde in diesem Wahlkampf unverhofft von ihren neuen amerikanischen Verbündeten unterstützt. Sowohl Elon Musk als auch Vizepräsident J. D. Vance sprachen sich für die AfD in unterschiedlichen Kontexten aus. Den Widerspruch zum eigentlich gepflegten Antiamerikanismus der Partei ignorierten sie geflissentlich. Die Kampagne der Partei konzentrierte sich angesichts der vielen Anschläge komplett auf ihr Kernthema der Ausländer- und Migrationsfeindlichkeit.

Die Linke bangte zu Beginn des Wahlkampfes um den Wiedereinzug in den Bundestag, denn die Abspaltung des BSW schien ihre Wähler:innenbasis atomisiert zu haben. Daher startete sie die „Mission Silberlocke“, mit der die drei prominenten Urgesteine Gregor Gysi, Bodo Ramelow und Dietmar Bartsch drei Direktmandate gewinnen und so den Wiedereinzug der Linken in den Bundestag sichern sollten. Doch es kam anders: Ihre klare Haltung in der polarisierten Debatte über den Migrationskurs bescherte der Linken einen Aufschwung in den Umfragen. Im Wahlkampf fokussierte sich die Partei auf junge, urbane Milieus, in ihrer Kampagne setzte sie auch auf klassische soziale Themen wie Wohnen, Rente und Umverteilung und trat so als „Kümmerer-Partei“ auf.

Der parteipolitische Neuling, das Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW), musste eine harte Landung erleben. Nachdem die junge Partei im vergangenen Jahr Erfolg an Erfolg knüpfen konnte, brach dieser Kurs abrupt ab. Das BSW schien entzaubert, die Euphorie verpuffte, ihre Sichtbarkeit im Wahlkampf war schwach.

Rückeroberung des digitalen Raums?

Noch nie wurde so viel in den Internetwahlkampf in Deutschland investiert wie bei dieser Wahl: Nach Analysen des ZDF (Schneider/Klein 2025) investierten die Parteien in den letzten drei Monaten rund 6,9 Millionen Euro in Werbeanzeige der Plattformen des Meta-Konzerns (Facebook und Instagram) und knapp 3 Millionen Euro in Google-Anzeigen. Spitzenreiter sind die Grünen mit 3 Millionen Euro, gefolgt von der FDP mit 1,95 Millionen Euro und der SPD mit rund 1 Million Euro. Dadurch dass sich vor allem junge Menschen vornehmlich über soziale Medien zu politischen Themen informieren, hat sich der Wettkampf um ihre Aufmerksamkeit hierher verlagert.

Werbung ist das eine, die härtere Währung in der Onlinewelt ist jedoch Reichweite. Hat die AfD bei allen letzten Wahlen die sozialen Medien mit ihren Inhalten dominiert, so ist es den demokratischen Parteien dieses Mal gelungen, den digitalen Raum in Teilen wieder zurückzuerobern. Insbesondere bei TikTok war die AfD ungeschlagener Content-Creator mit den meisten Ansichten. Nach Analysen der Bundeswehr Universität München (Sparta 2025) scheint diese Vormachtstellung jedoch etwas gebrochen zu sein. Betrachtet man die Reichweite, die die Parteien für ihre Posts von Jahresbeginn bis zum Wahltag erhalten haben, führt die Linke die Rangliste mit 14,1 Millionen Likes an, ihr folgt die SPD mit 7,7 Millionen Likes, auf Platz drei landet schließlich die AfD mit 7,4 Millionen Likes.

Dass die AfD über Jahre hinweg in den Aufbau einer großen Followerschaft investiert hat, zeigt ein Vergleich der FAZ (Bothe 2025) über sämtliche Plattformen hinweg. Auf TikTok und Facebook führt die AfD, Alice Weidel nimmt den ersten Platz bei Instagram, TikTok und X/Twitter ein. Linke und Grüne überholen alle Parteien bei Instagram,

und die Grünen haben die meisten Follower:innen bei X/Twitter. Heidi Reichinnek und Sahra Wagenknecht fordern auf Instagram Alice Weidel heraus, Christian Lindner auf X/Twitter. Sahra Wagenknecht ist die reichweitenstärkste Politikerin bei Facebook. Insgesamt zeigen die Analysen, dass sich das Feld der Followerschaft weiter ausdifferenziert und die Alleinstellung der AfD Risse bekommen hat.

Was hat sich im Vergleich zur letzten Wahl verändert?

Es geht um was: Höchste Wahlbeteiligung seit der Wiedervereinigung

Eine der positiven Überraschungen der vorgezogenen Neuwahlen war die stark gestiegene Wahlbeteiligung. 82,5 Prozent der Wahlberechtigten, das sind knapp 50 Millionen Bundesbürger:innen, haben ihr Wahlrecht ausgeübt. Ein neuer Höchstwert seit der Wiedervereinigung. Die Wahlbeteiligung bei Bundestagswahlen lag seit 1990 zumeist unter 80 Prozent. Nur bei der Wahl 1998, der Abwahl von Helmut Kohl, stieg die Wahlbeteiligung auf 82,2 Prozent. Die niedrigste Wahlbeteiligung war mit 70,8 Prozent die Bundestagswahl im Jahr 2009. Danach stiegen die Werte wieder leicht an. Bei der letzten Bundestagswahl 2021 nahmen 76,6 Prozent der Wahlberechtigten teil. Damals hatten 73,8 Prozent in Ostdeutschland und 77,1 Prozent in Westdeutschland von ihrem Wahlrecht Gebrauch gemacht.

Auch im Jahr 2025 ist die Wahlbeteiligung im Osten mit 80,3 Prozent etwas niedriger als im Westen Deutschlands (83,1 Prozent). Doch gleichen sich die Werte allmählich an, so ist die Wahlbeteiligung in Ostdeutschland mit 7,4 Prozentpunkten etwas stärker angestiegen als im Westen (+5,9 Prozentpunkte). Die geringste Wahlbeteiligung findet sich in den Bundesländern Sachsen-Anhalt (77,7 Prozent) und Bremen (77,8 Prozent). In Bayern findet sich dagegen die höchste Wahlbeteiligung mit 84,5 Prozent.

Ein Blick auf die Wahlkreise mit höchster und niedrigster Wahlbeteiligung

In der Politikwissenschaft werden zumeist die Faktoren Ressourcen, Motivation und Netzwerke genannt, wenn es um die Erklärung der Höhe der Wahlbeteiligung geht. Wer über mehr Ressourcen, wie Einkommen und Bildung, verfügt, nimmt mit höherer Wahrscheinlichkeit an Wahlen teil. Wichtig ist aber auch, ob man sich für Politik interessiert und der Meinung ist, dass man selber etwas politisch bewirken kann. Außerdem spielt es eine Rolle, wie das eigene soziale Umfeld über die Teilnahme an Wahlen und Politik denkt.

Auf Basis der Wahlen 2017 und 2021 hat der Politikwissenschaftler Armin Schäfer (2023) aufgezeigt, dass sich erstens die Höhe der Wahlbeteiligung nicht stark verändert. Wahlkreise mit hoher Wahlbeteiligung bei der letzten Wahl weisen wahrscheinlich auch bei der nächsten Wahl eine hohe Wahlbeteiligung auf. Zweitens kann anhand von

Indikatoren, wie dem durchschnittlichen Einkommen in einem Wahlkreis oder der Arbeitslosenquote, recht zuverlässig auf die Wahlbeteiligung geschlossen werden.

Dieser Befund gilt augenscheinlich auch für die Bundestagswahl 2025: Die höchste Wahlbeteiligung in einem Wahlkreis findet sich, wie bereits 2021, im Wahlkreis München-Land mit 88,1 Prozent. Es folgen die Wahlkreise Köln II (88,0 Prozent), Starnberg – Landsberg am Lech (87,7 Prozent), Münster und Coesfeld-Steinfurt II (beide 87,5 Prozent). In den bayrischen Wahlkreisen und Coesfeld-Steinfurt erzielen CSU und CDU um die 40 Prozent der Zweitstimmen. In Köln II und Münster liegen dagegen die Grünen mit 25,8 und 26,6 Prozent der Zweitstimmen knapp vor der CDU und können jeweils auch das Direktmandat mit über 30 Prozent der Erststimmen erringen.

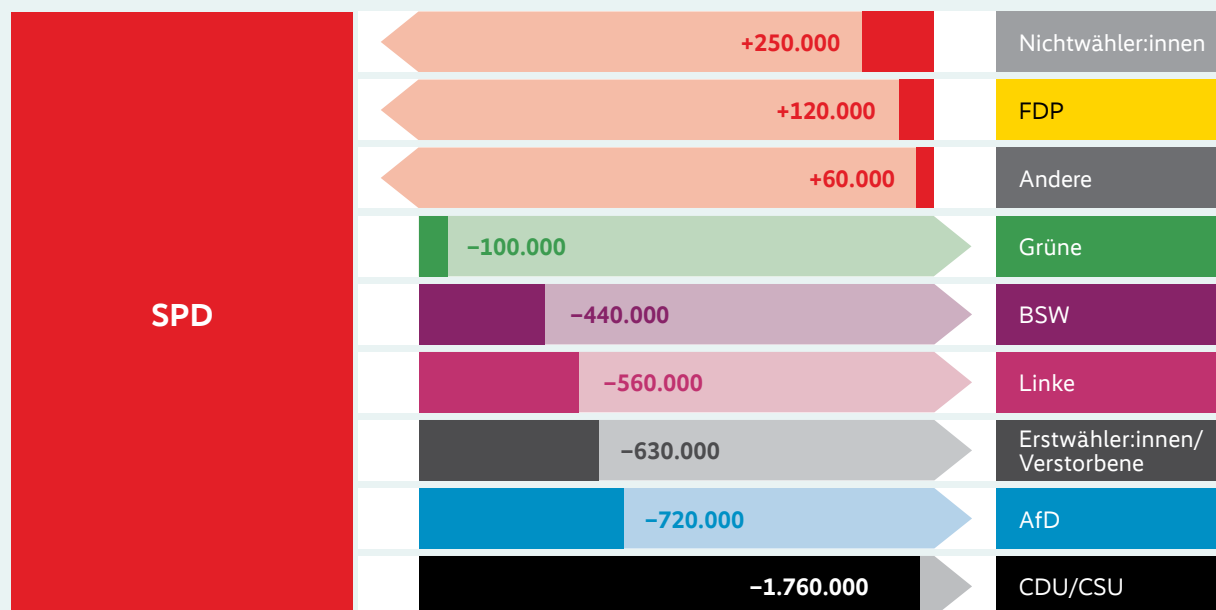
Die geringste Wahlbeteiligung in einem Wahlkreis findet sich, ebenfalls wie bereits 2021, im Wahlkreis Duisburg II mit 73,5 Prozent. Allerdings ist hier die Wahlbeteiligung über 10 Prozentpunkte gestiegen. Weitere Wahlkreise mit vergleichsweise niedriger Wahlbeteiligung sind Bremen II – Bremerhaven (73,9 Prozent), Gelsenkirchen (74,5 Prozent) und Essen II (75 Prozent) – alles Wahlkreise, in denen die SPD bei den Zweitstimmen vor den anderen Parteien liegt, abgesehen von Gelsenkirchen, wo die AfD 11,9 Prozentpunkte zulegen konnte und nun knapp vor der SPD liegt.

Vergleicht man jeweils die 30 Wahlkreise mit der höchsten und niedrigsten Wahlbeteiligung, so ist diese in den Wahlkreisen mit der niedrigsten Wahlbeteiligung stärker gestiegen, nämlich um 8 Prozentpunkte. Dagegen ist die Wahlbeteiligung in den Wahlkreisen mit der stärksten Wahlbeteiligung nur um 4,2 Prozentpunkte gestiegen.

Briefwahl: Populär, aber erschwert durch verkürzte Fristen

Lange spielte die Briefwahl nur eine Nebenrolle bei der Stimmabgabe in Deutschland. Im Jahr 1990 lag der Anteil der Briefwähler:innen noch unter 10 Prozent. Seitdem ist der Anteil aber kontinuierlich gestiegen. Bei der Bundestagswahl 2009 mussten erstmalig keine Hinderungsgründe mehr bei der Beantragung der Briefwahl genannt werden, sodass der Anteil erstmalig über 20 Prozent lag. Bei der Bundestagswahl 2021 unter Corona-Bedingungen nutzten 47 Prozent die Möglichkeit der Briefwahl. Die Briefwahlzahlen für die Bundestagswahl 2025 liegen noch nicht vor.

Wähler:innenwanderung SPD



Quelle: Infratest dimap Exit Poll.

In den Medien wurde sowohl über ein weiterhin hohes Interesse an der Briefwahl als auch die Probleme bei der rechtzeitigen Zu- und Rücksendung der Unterlagen berichtet.

Auch das Interesse der Auslandsdeutschen an einer Teilnahme an der diesjährigen Bundestagswahl war groß. Über 200.000 Personen haben sich in das Wähler:innenverzeichnis eintragen lassen. Allerdings gingen bei der Bundeswahlleiterin Beschwerden von im Ausland lebenden Deutsche ein, da eine rechtzeitige Zustellung der Wahlbriefe aufgrund der verkürzten Fristen bei einer vorgezogenen Neuwahl nicht oder kaum möglich war. Es ist daher davon auszugehen, dass es hier ein juristisches Nachspiel geben wird und gerichtlich geklärt werden muss, inwieweit hier gegen die aus Art. 38 Grundgesetz abgeleiteten Wahlgrundsätze verstoßen wurde.

Wähler:innenwanderungen

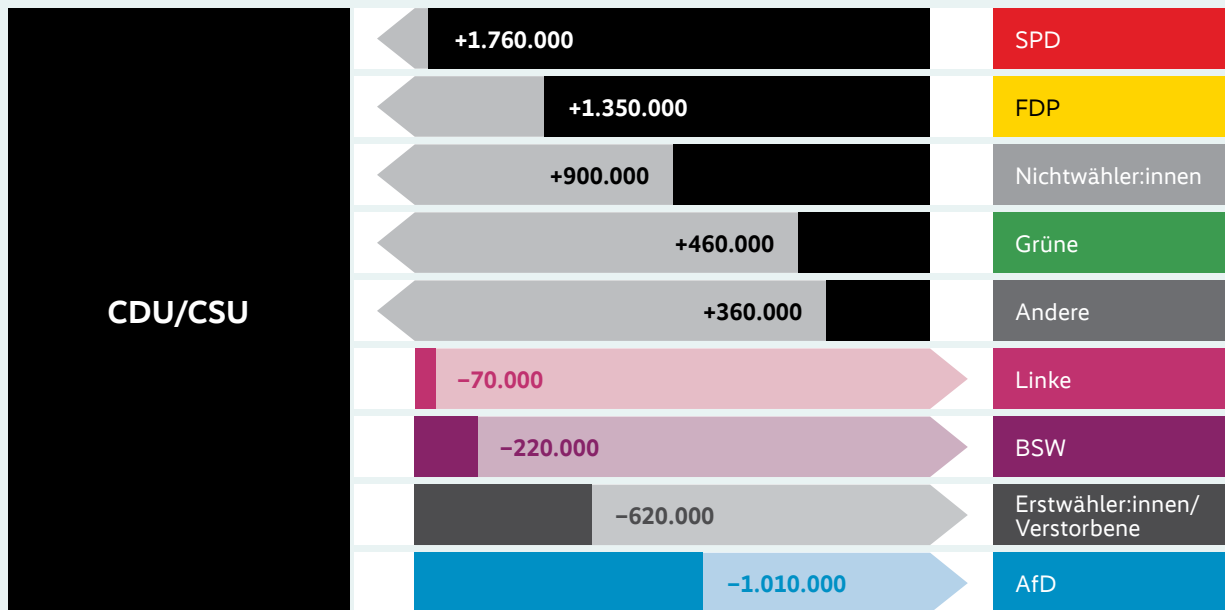
Die Frage, welche Partei an welches andere Lager Stimmen abgegeben oder gewonnen hat, ist allgemein von großem Interesse. Die Erfassung ist allerdings methodisch sehr schwierig und die Aussagekraft umstritten. Unsere Auswertung basiert auf der Nachwahlbefragung (Exit Poll) von Infratest dimap in ausgewählten Wahllokalen bzw. Stimmbezirken. Die Grafiken geben für die jeweilige Partei an, welche Anzahl an Stimmen dazugewonnen oder abgegeben wurde. Neben den konkurrierenden Parteien gibt es noch die Gruppen der Nichtwähler:innen sowie Erstwähler:innen/Verstorbene. Es handelt sich um hochgerechnete Werte, daher sind viel mehr die Größenverhältnisse und generellen Strömungen von Interesse als die Zahlen selber.

Die historische Niederlage und starken Verluste der **SPD** lassen sich auch im Wanderungsmodell nachzeichnen. Die SPD erhält noch knapp 8.150.000 Zweitstimmen – ein Verlust von etwas mehr als 3.750.000 Stimmen. Der mit Abstand größte Stimmenverlust findet sich in Richtung Union (1.760.000). Danach folgen die AfD (720.000) und Erstwähler:innen/Verstorbene (630.000). Aber auch an die Linke (560.000) und das BSW (440.000) gehen substantielle Wähler:innenstimmen verloren. Die geringsten Verluste werden in Richtung Grüne (100.000) gemessen. Zugewinne verzeichnet die SPD dagegen am stärksten von der Gruppe der Nichtwähler:innen (250.000), gefolgt von ehemaligen FDP-Wähler:innen (120.000) und anderen Parteien (60.000).

Die Unionsparteien **CDU und CSU** erzielen knapp 14.160.000 Zweitstimmen, ein Plus von knapp 3 Millionen Stimmen. Die Zugewinne resultieren in erster Linie aus früheren Wähler:innen der Ampelkoalition: 1.760.000 Stimmen erhält laut Wanderungsmodell die Union von der SPD, 1.350.000 Stimmen von der FDP, und geschätzte 460.000 Stimmen wandern von den Grünen zur Union. Einen starken Zugewinn von 900.000 Stimmen wird von der Gruppe der Nichtwähler:innen festgestellt. Von anderen Parteien kommen rund 360.000 Stimmen.

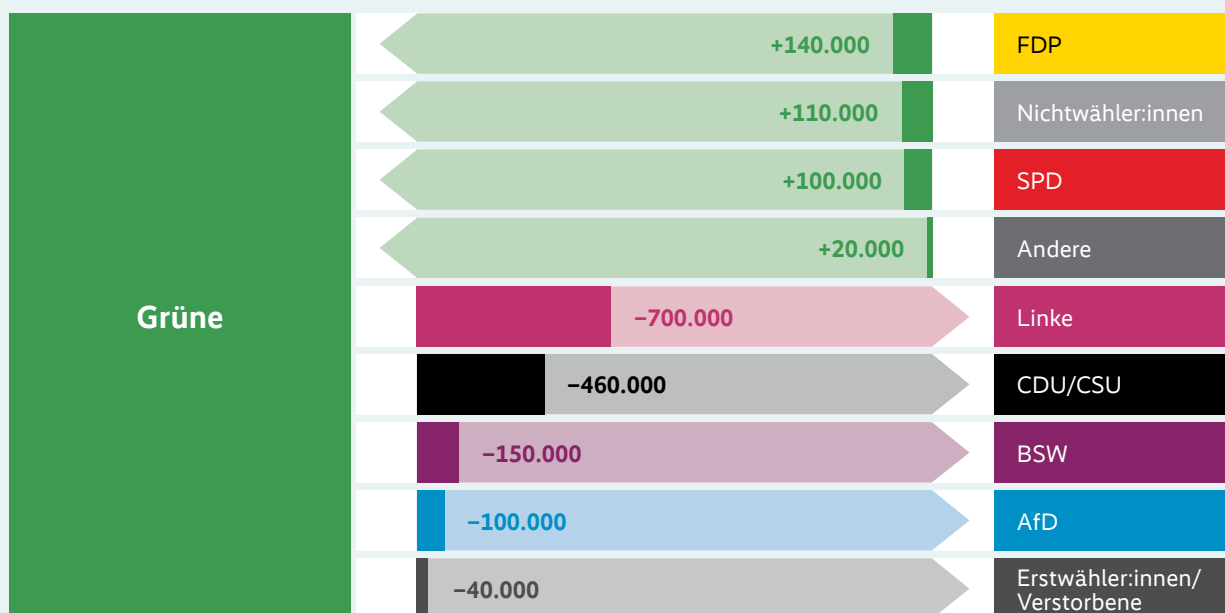
Trotz der Position als Wahlsiegerin muss die Union durchaus größere Abflüsse an Stimmen hinnehmen: So wandern knapp über 1 Million Stimmen an die AfD. 620.000 Stimmen gehen an die Gruppe der Erstwähler:innen/Verstorbene. Eine ähnlich hohe Zahl wie die SPD. Gemeinsam ist beiden Parteien, dass sie stark von älteren Wahlberechtigten gewählt werden, sodass für beide Parteien anzunehm-

Wähler:innenwanderung CDU



Quelle: Infratest dimap Exit Poll.

Wähler:innenwanderung Grüne



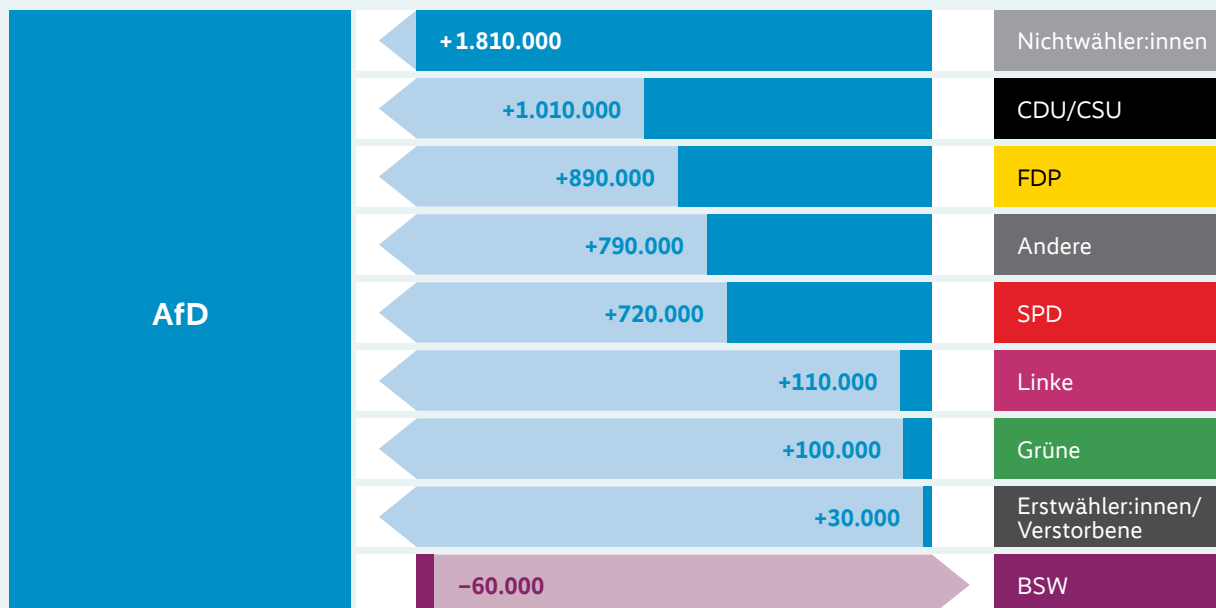
Quelle: Infratest dimap Exit Poll.

men ist, dass ein Teil ihrer treuen Wähler:innen seit der letzten Wahl verstorben ist. An das erstmalig angetretene BSW gibt die Union geschätzte 220.000 und an die Linke 70.000 Stimmen ab.

Die **Grünen** verlieren etwas mehr als 1 Million Zweitstimmen und kommen auf etwas über 5.760.000 Zweitstimmen

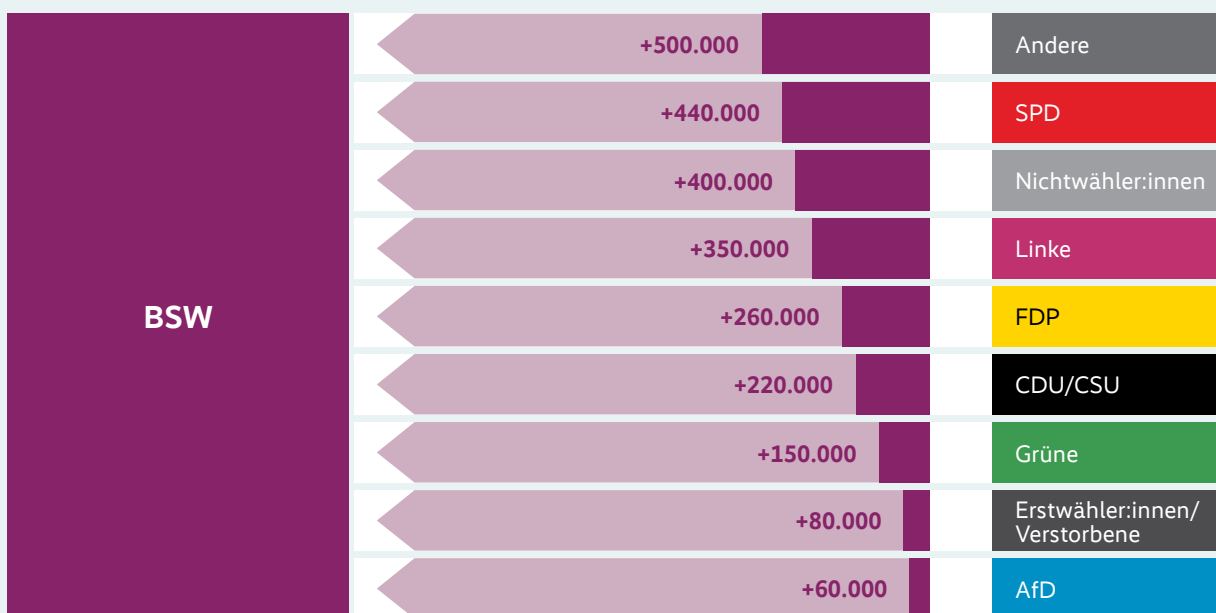
bei der Bundestagswahl 2025. Die größte Stimmenabwanderung fand in Richtung Linke (700.000) statt. Auch in Richtung Union gingen 460.000 Stimmen verloren. Weitere Abflüsse wurden in Richtung BSW (150.000), AfD (100.000) und Erstwähler:innen/Verstorbene (40.000) ermittelt. Bei den Zugewinnen konnten die Grünen in erster Linie Stimmen ihrer einstigen Koalitionspartner an sich zie-

Wähler:innenwanderung AfD



Quelle: Infratest dimap Exit Poll.

Wähler:innenwanderung BSW

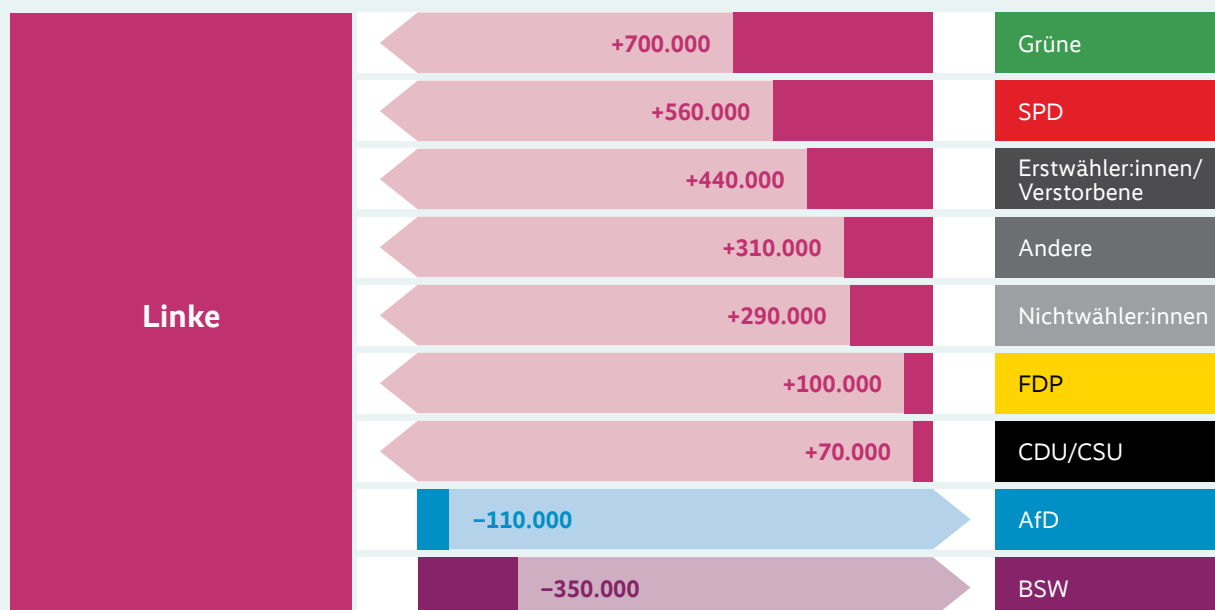


Quelle: Infratest dimap Exit Poll.

hen. Der größte Zuwachs stammt dabei von der FDP (140.000). Von der SPD werden 100.000 Stimmen ermittelt – etwas weniger als der grüne Zugewinn bei den Nichtwähler:innen (110.000). Der kleinste Zustrom wird von anderen Parteien gemessen (20.000).

Die **AfD** verdoppelt die Anzahl der Zweitstimmen und erzielt erstmalig über 10 Millionen Stimmen. Laut Wanderungsmodell mobilisiert sie dabei am stärksten im Lager der Nichtwähler:innen (1.810.000). Aber auch von der Union kommen mehr als 1 Million Stimmen zur AfD. Weitere starke Zuwächse werden von der FDP (890.000), anderen Parteien (790.000) und SPD (720.000) ermittelt. Geringe

Wähler:innenwanderung Linke



Quelle: Infratest dimap Exit Poll.

Zuwächse zeigen sich von der ehemaligen Wählerschaft der Linken (110.000) und der Grünen (100.000). Aus der Gruppe der Erstwähler:innen/Verstorbene wird ebenfalls ein kleiner Zuwachs (30.000) angenommen. Nur an das erstmalig angetretene BSW wird ein Abfluss von 60.000 Stimmen ermittelt.

Das erstmalig bei einer Bundestagswahl angetretene **Bündnis Sahra Wagenknecht** kann 2.468.670 Zweitstimmen erzielen und bleibt damit knapp unter der Fünfprozenthürde. Die größten Zuwächse erzielt die Partei unter der ehemaligen Wählerschaft anderer Parteien (500.000), der SPD (440.000) und Linken (350.000). Aus dem Lager der bisherigen Nichtwähler:innen kommen geschätzte 400.000 Stimmen dazu. Ungefähr 10 Prozent ihrer Wählerschaft hat früher bei der FDP (260.000) und bei der Union (220.000) ihr Kreuz gemacht. Geringere Zugewinne stammen von den Grünen (150.000), Erstwähler:innen/Verstorbene (80.000) und AfD (60.000).

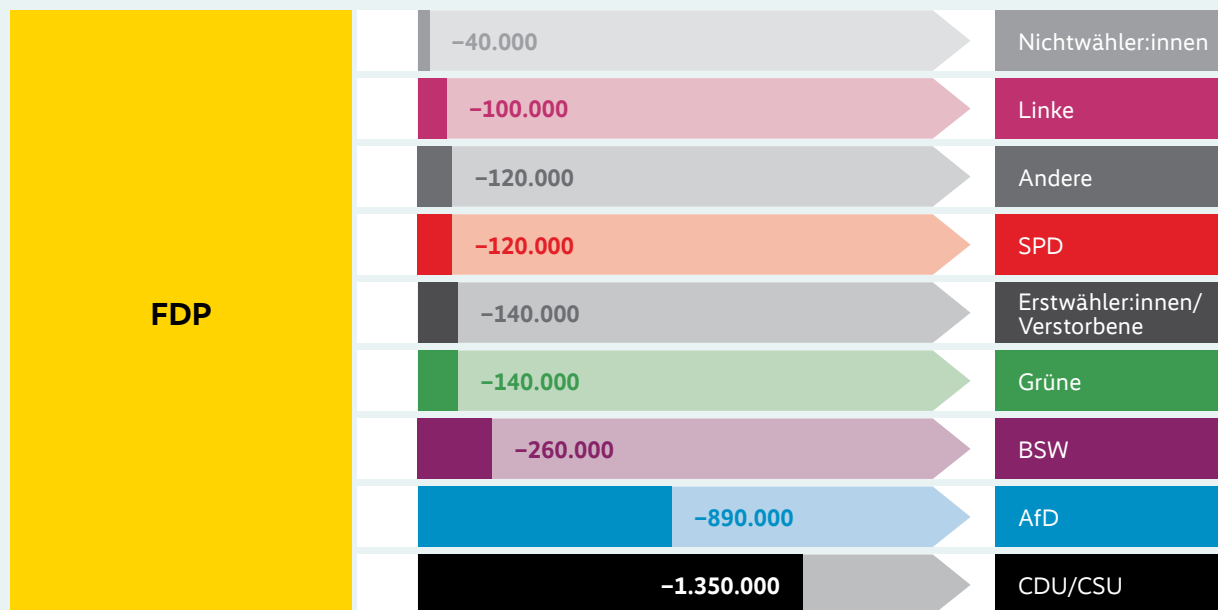
Die **Linke** verdoppelt gegenüber 2021 ihr Ergebnis bei den Zweitstimmen nahezu und kommt auf über 4.355.000 Zweitstimmen. Laut Wanderungsmodell gibt sie dabei 350.000 Stimmen an ihre Abspaltung das BSW ab. Weitere 110.000 Stimmen gibt sie an die AfD ab. Dies kann sie aber mit Zugewinnen bei der ehemaligen Wählerschaft anderer Parteien mehr als kompensieren. Die stärksten Zuwächse werden von den Grünen (700.000) verzeichnet, gefolgt von der SPD (560.000), Erstwähler:innen/Verstorbene (440.000), anderen Parteien (310.000) und Nichtwähler:innen (290.000). Geringere Zuflüsse stammen von FDP (100.000) und Union (70.000).

Die **FDP** verliert mehr als 3 Millionen Zweitstimmen und kommt nur noch auf knapp 2.150.000 Zweitstimmen. Als einzige Partei verliert sie laut Wanderungsmodell an alle Parteien und Wähler:innengruppen. Der größte Profiteur dieses Aderlasses ist die Union mit 1.350.000 Stimmen, gefolgt von der AfD mit 890.000 Stimmen. Zweidrittel der verlorenen Stimmen wandern damit in das rechte Parteienspektrum. An dritter Stelle findet sich das BSW mit geschätzten 260.000 Stimmen ehemaliger FDP-Wähler:innen. Die weiteren Abflüssen an Erstwähler:innen/Verstorbene, Grüne, andere Parteien, SPD und Linke wirken dagegen schon fast gering und liegen jeweils zwischen hochgerechneten 140.000 und 100.000 Stimmen. Als einzige Partei konnte die FDP auch nicht von der höheren Wahlbeteiligung profitieren und verliert auch an das Lager der Nichtwähler:innen.

Wer mobilisierte ehemalige Nichtwähler:innen?

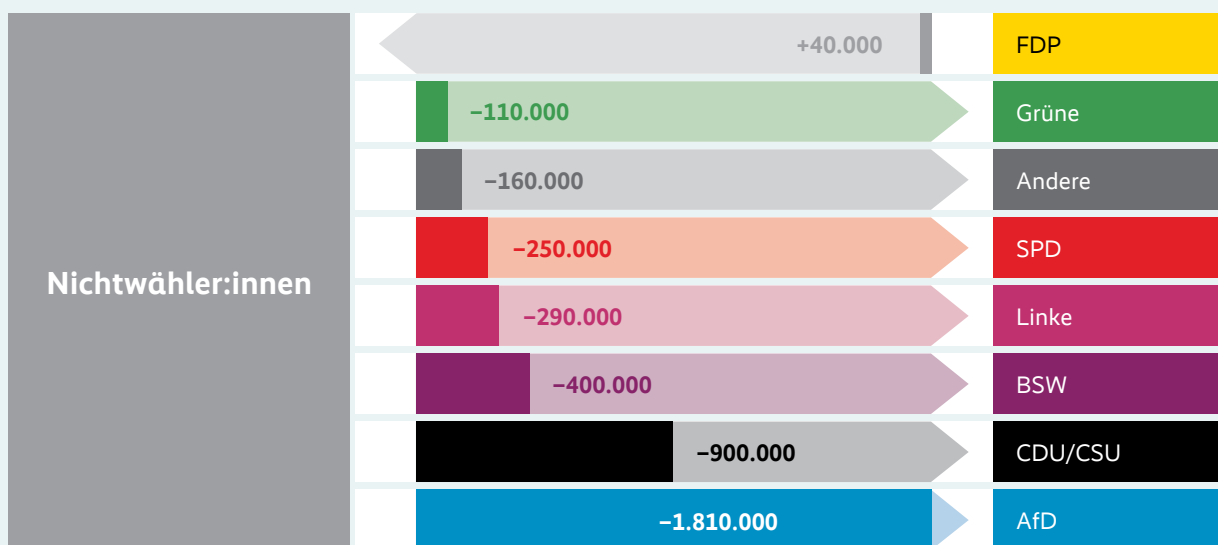
Die Veränderungen im Bereich der **Nichtwähler:innen** sind besonders schwer zu erheben, da bei einer Nachwahlbefragung naturgemäß nur Wahlteilnehmer:innen befragt werden. Da die Wahlbeteiligung stark gestiegen ist, können aber zumindest grobe Aussagen über die Gruppe derjenigen getroffen werden, die 2021 noch von der Wahl ferngeblieben sind und nun 2025 gewählt haben. Bei der Bundestagswahl 2025 ist die Zahl der Stimmen um über 3,2 Millionen gestiegen. Bei Weitem die stärkste Mobilisierung in diesem Lager ist dabei der AfD (1.810.000) gelungen. Die Union kommt im Vergleich nur auf die Hälfte der dazugewonnenen Nichtwähler:innen-Stimmen (900.000). Das BSW konnte

Wähler:innenwanderung FDP



Quelle: Infratest dimap Exit Poll.

Wähler:innenwanderung Nichtwähler:innen



Quelle: Infratest dimap Exit Poll.

400.000 Stimmen an ehemaligen Nichtwähler:innen erzielen. Danach folgen Linke (290.000), SPD (250.000), andere Parteien (160.000) und Grüne (110.000). Nur die FDP verliert laut Wanderungsmodell als einzige Partei an die Gruppe der Nichtwähler:innen.

Auswirkung neues Wahlrecht: Zweitstimmen-deckung und Wahlkreiserste ohne Mandat

Die in der letzten Legislatur verabschiedete Wahlrechtsreform legt die Anzahl der Bundestagsabgeordneten auf 630 fest. Überhang- und Ausgleichsmandate, die in der Vergangenheit die Anzahl der Abgeordneten auf über 700 hat ansteigen lassen, gibt es nicht mehr. Allein das Zweitstimmenergebnis entscheidet, welchen Anteil der Sitze eine

Partei im Bundestag erhält. Wahlkreissieger:innen einer Partei müssen also über eine ausreichende Anzahl an Zweitstimmen abgedeckt werden. Ist dies nicht der Fall, ziehen die Kandidierenden mit den landesweit schlechtesten Ergebnissen nicht in den Bundestag ein. Dieses Prinzip der „Zweitstimmendeckung“ wurde im Juli 2024 vom Bundesverfassungsgericht als verfassungsgemäß bestätigt.

Laut vorläufigem Endergebnis werden wahrscheinlich 23 Kandidat:innen trotz der meisten Erststimmen im Wahlkreis nicht in den Bundestag einziehen (Die Bundeswahlleiterin 2025). Diese Wahlkreise bleiben dann ohne direkte Vertretung durch den Kandidierenden mit den meisten Erststimmen. Das gab es auch in der Vergangenheit, wenn z. B. das Mandat zurückgegeben wurde bzw. der/die Abgeordnete verstorben ist und die über die Landesliste nachrückende Person aus einem anderen Wahlkreis stammt.

Bei den Unionsparteien werden wahrscheinlich 18 Wahlkreissieger:innen kein Bundestagsmandat erhalten. Sechs solcher Wahlkreise entstehen in Baden-Württemberg, fünf in Hessen, drei in Rheinland-Pfalz, drei in Bayern und einer in Schleswig-Holstein. Bei der AfD sind es voraussichtlich vier Wahlkreise (jeweils ein Wahlkreis in Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Sachsen). Die SPD wird aufgrund des neuen Wahlrechts auf ein Überhangmandat in Bremen verzichten müssen.

Eine Deckelung der Anzahl der Abgeordneten im Bundestag ist nur mit dem Verzicht auf Überhang- (und Ausgleichs-)Mandate in einem System der Verhältniswahl möglich. Dennoch sollten Mechanismen gefunden werden, wie der drohende Wegfall von Wahlkreisbüros, der durch das neue System entstehen könnte, kompensiert werden kann, sodass in allen 299 Wahlkreisen vor Ort Ansprechmöglichkeiten von parlamentarischen Vertreter:innen gewährleistet werden. So könnte überlegt werden, wie die bereits von vielen Parteien praktizierte Mitbetreuung durch Abgeordnete benachbarter Wahlkreise besonders gefördert werden kann.

Rückgang bei den knappen Wahlkreisen

Das in den vergangenen Jahren stark veränderte Parteiensystem in Deutschland mit mehr im Bundestag vertretenen Parteien und einem stärkeren Wettbewerb zwischen den Parteien hat zur logischen Folge, dass Wahlkreise oftmals nur noch mit einer vergleichsweise geringen Zahl an Stimmen gewonnen werden. Schaut man sich Wahlkreise an, bei denen die Differenz zwischen erst- und zweitplatzierten Direktkandidat:innen unter 5 Prozent lag, finden sich bei der Bundestagswahl 2017 64 knappe Wahlkreise. Vier Jahre später waren es bereits 100 knappe Wahlkreise. Das bedeutet, dass bei der Bundestagswahl 2021 jeder dritte Wahlkreis mit weniger als 5 Prozent Unterschied bei den Erststimmen gewonnen wurde.

Bei der Bundestagswahl 2025 finden sich dagegen nur 65 Wahlkreise mit einem knappen Abstand zwischen den Direktkandidat:innen. Damit ist quasi das Niveau der Bundestagswahl 2017 wieder erreicht worden. Dennoch zeigt sich, dass insbesondere in großstädtischen Wahlkreisen sowie in Universitätsstädten es oftmals sehr enge Rennen gab. So liegt im Wahlkreis Stuttgart I die Kandidatin der Grünen laut vorläufigem Endergebnis gerade einmal 16 Erststimmen vor ihrer Konkurrentin der CDU. Ebenfalls sehr knapp ging es in den Wahlkreisen Berlin-Tempelhof-Schöneberg, Goslar-Northeim-Göttingen II und Köln III aus. Konnte sich 2021 noch die SPD am häufigsten in knappen Wahlkreisen behaupten, so hat dieses Mal die Union mit 29 gewonnenen knappen Wahlkreisen die Nase vorn. Die SPD kommt auf 22 gewonnene knappe Wahlkreise. Die Grünen konnten die Anzahl auf neun gewonnene knappe Wahlkreise steigern. Die Linke gewinnt den Wahlkreis Berlin-Friedrichshain-Kreuzberg-Prenzlauer Berg Ost mit 4,1 Prozentpunkten Vorsprung, und die AfD liegt in vier städtischen Wahlkreisen (Berlin-Marzahn-Hellersdorf, Rostock-Landkreis Rostock II, Dresden I und Leipzig I) knapp vorne.

Mit größtem Abstand zwischen Erst- und Zweitplatzierten gewinnt die CSU im Wahlkreis Bad Kissingen mit 36 Prozentpunkten bei der Bundestagswahl 2025. Insbesondere in Bayern und Nordrhein-Westfalen können die Unionspar-

Parteizugehörigkeit der Wahlkreissieger:innen in knappen Wahlkreisen

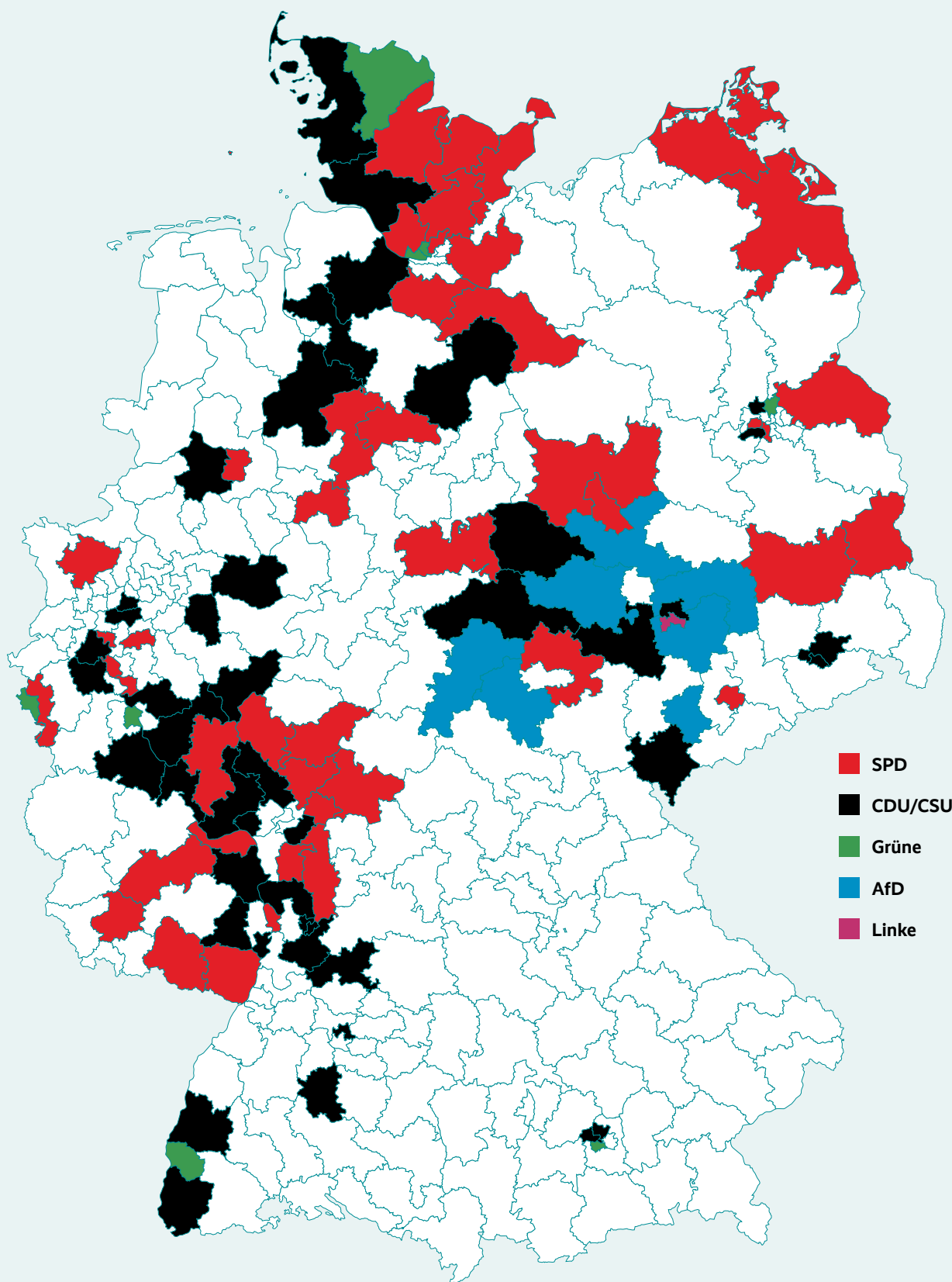
Tab. 1

Parteizugehörigkeit	2017	2021	2025
CDU/CSU	30	41	29
SPD	30	44	22
Grüne	1	7	9
Linke	1	1	1
AfD	2	7	4
Summe	64	100	65

Quelle: Bundeswahlleiterin, eigene Berechnung.

Knappe Wahlkreise 2021

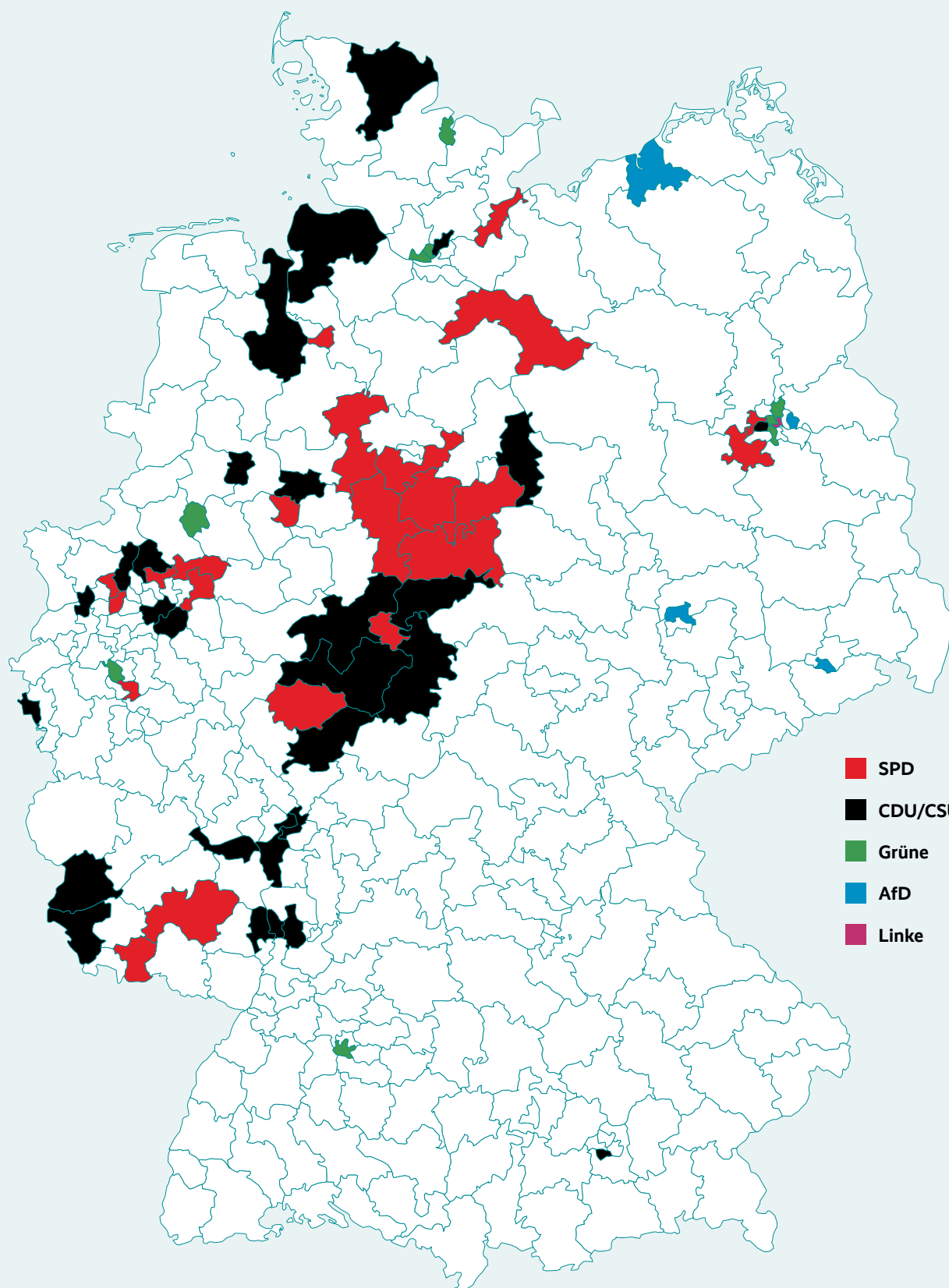
Wahlkreise, bei denen der Abstand zwischen erst- und zweitplatzierten/-platzierten Direktkandidat/-kandidaten weniger als fünf Prozentpunkte beträgt. Einfärbung nach Parteizugehörigkeit der/des Wahlkreisgewinnerin/-gewinners



Quelle: Bundeswahlleiterin. Darstellung: Jonas Parnow/FES.

Knappe Wahlkreise 2025

Wahlkreise, bei denen der Abstand zwischen erst- und zweitplatzierten/-platzierterem Direktkandidatin/-kandidaten weniger als fünf Prozentpunkte beträgt. Einfärbung nach Parteizugehörigkeit der/des Wahlkreisgewinnerin/-gewinners



Quelle: Bundeswahlleiterin. Darstellung: Jonas Parnow/FES.

teien mit großem Abstand in vielen Wahlkreisen Erfolge einfahren, was vielen AfD-Direktkandidat:innen wiederum im Osten häufig gelingt. Aber auch die SPD und die Linke verfügen weiterhin über Erststimmehochburgen.

Vergleicht man die Karten der knappen Wahlkreise der Bundestagswahlen 2021 und 2025 so fallen mehrere Entwicklungen ins Auge: Erstens ist die Anzahl der knappen Wahlkreise in Ostdeutschland bis auf wenige Ausnahmen zurückgegangen, was am starken Abschneiden der AfD liegt, die fast alle Direktmandate im Osten des Landes gewinnen konnte. Zweitens sind weiterhin insbesondere kleine, aber stark bevölkerte städtische Wahlkreise besonders stark umkämpft. Hier können auch zunehmend kleinere Parteien ein Direktmandat erringen. Drittens gibt es sie weiterhin, die sicheren Erststimmehochburgen von Parteien. Dennoch verändert sich das Muster auch dynamisch mit der Zeit: Ehemals knappe Wahlkreise können je nach Konstellation auch wieder klar gewonnen werden, gleichzeitig bröckeln in einigen Regionen die Hochburgen und der Wahlsieg kann nur noch knapp sichergestellt werden.

Was bedeutet das Ergebnis für die Regierungsbildung?

Die neue Regierungsbildung steht ganz im Zeichen eines Zweierbündnisses. Nach dem Aus der Ampelkoalition gilt die erste Dreierkoalition auf Bundesebene als gescheitertes Experiment. Mit drei um die Fünfprozenthürde schwankenden Parteien war der Wahlkampf noch geprägt von der Unsicherheit, ob dieser Wunsch in Erfüllung gehen kann. Nun hat der Wahlausgang gezeigt, dass nur fünf Parteien den Einzug in den Bundestag geschafft haben, was die Bildung einer Koalition aus zwei Parteien zumindest rechnerisch möglich macht. Das gilt für die Bündnisse aus CDU/CSU sowohl mit der SPD, aber auch mit der AfD.

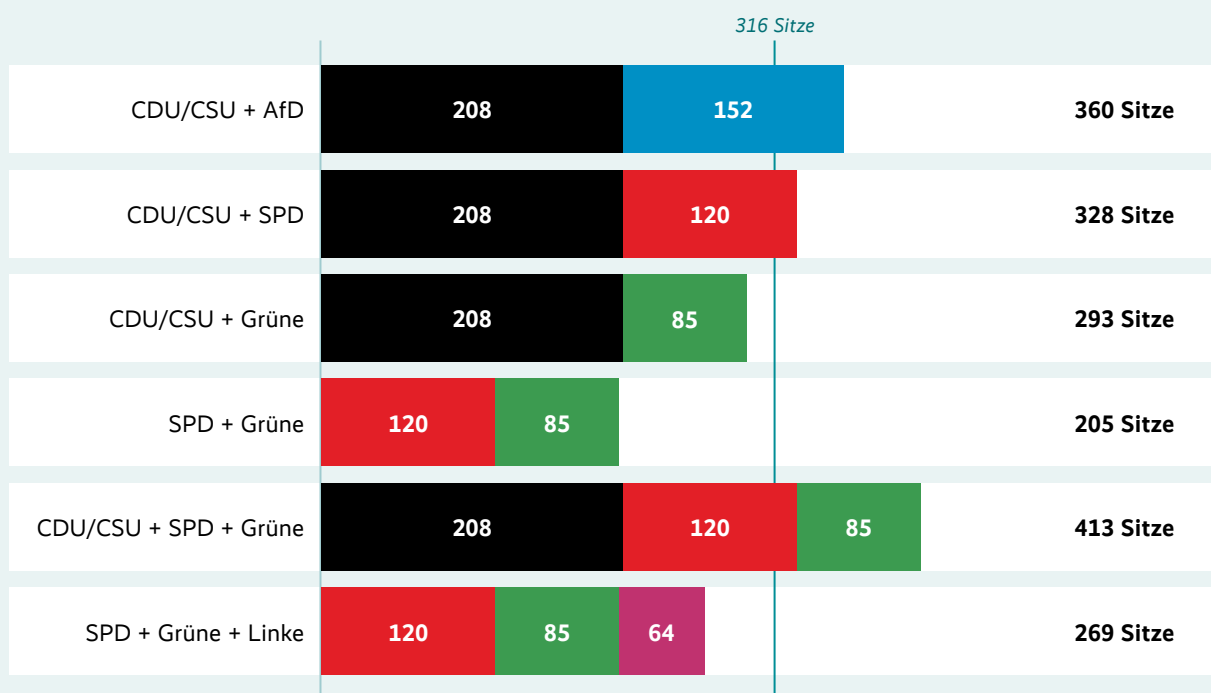
Auch wenn Friedrich Merz es nicht gelungen ist, die Union zurück über die 30 Prozent zu führen, liegt der Auftrag zur Regierungsbildung nun in seinen Händen, wie es auch Olaf Scholz direkt nach dem Wahlausgang im Willy-Brandt-Haus verkündete. Da Merz eine Koalition mit der AfD ausgeschlossen hat, steht als einzig rechnerisch mögliches

Zweierbündnis eine Koalition mit der SPD zur Verfügung. Wie SPD-Generalsekretär, Matthias Miersch, bereits verkündet hat, ergibt sich aber aus diesem Umstand keine Selbstverständlichkeit einer Koalition. Der Wahlkampf hat durchaus die Unterschiede zwischen den beiden Parteien aufgezeigt, daher werden die Verhandlungen kein Selbstläufer, und es muss sich erst einmal zeigen, ob man sich einigen kann. Außerdem werde es einen Mitgliederentscheid innerhalb der SPD geben, so der Generalsekretär der SPD. Die schwierige Gratwanderung für die anstehenden Verhandlungen liegt damit zwischen der Durchsetzung sozialdemokratischer Forderungen und der staatspolitischen Verantwortung, die einzig politisch mögliche Bündnisoption zwischen zwei demokratischen Parteien mitzutragen. Gerade nach den letzten Wochen des Wahlkampfes und den dort eröffneten Gräben, werden die Verhandlungen sicherlich nicht einfach.

Abb. 22

Rechnerisch mögliche Koalitionen

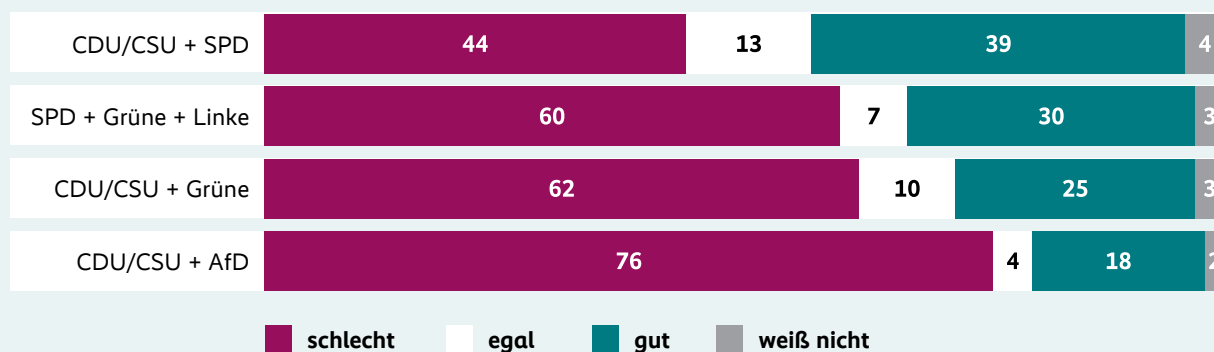
Angaben in Anzahl der Mandate pro Partei



Hinweis: Mehrheit mit 316 Sitzen.
Quelle: Bundeswahlleiterin.

Bewertung von Koalitionsmodellen

Jeweils unter Führung der erstgenannten Partei, Angaben in Prozent



Quelle: Forschungsgruppe Wahlen, Politbarometer Februar III 2025, KW 08.

Seitens der Wählenden hat ein schwarz-rotes Bündnis mit 39 Prozent die höchsten Zustimmungswerte. Doch auch hier ist der Anteil derer, die sich ablehnend gegenüber dieser Option zeigen, mit 44 Prozent die größere Gruppe. Das Gleiche gilt jedoch auch für alle anderen Koalitionsmodelle, die Ablehnung übertrifft die jeweilige Zustimmung. Dies zeigt sich auch deutlich für das andere Zweierbündnis, das der Union laut Wahlausgang aber gar nicht zur Verfügung steht. Einer Koalition aus Unionsparteien und Grünen stehen 62 Prozent skeptisch gegenüber, während sich nur 25 Prozent dieses Modell gut vorstellen können. Mit Abstand die größte Ablehnung aus der Bevölkerung erfährt das Zweierbündnis, welches die meisten Sitze auf sich vereinen würde. Eine Koalition aus CDU/CSU und AfD lehnen 76 Prozent der Befragten ab, während lediglich 18 Prozent das Bündnis befürworten.

Was erschwert die anstehende Koalitionsverhandlung?

1. Die Fronten sind nach der Diskussion um das Bröckeln der Brandmauer durch die Union zwischen der CDU/CSU und den Mitte-Links-Parteien verhärtet. Es muss dennoch zügig ein anderer Umgangston gefunden werden, um einer konstruktiven Regierungsbildung nicht im Weg zu stehen. Während Rechtspopulist:innen den Kompromiss als politisches Mittel verachten, sollte es den Parteien innerhalb des demokratischen Spektrums umso wichtiger sein, ihn als zentrales Gut einer liberalen Demokratie wertzuschätzen. Auch wenn die Kompromissfindung nach den Ereignissen und Diskussionen der letzten Wahlkampfphase nicht einfach scheint, so muss sie doch ein Ziel sein, das im Interesse aller Beteiligten schnell umgesetzt werden sollte.
2. Die AfD hat ihr Ergebnis aus der vergangenen Bundestagswahl verdoppelt. Mit ihren 20,8 Prozent wird sie die größte Oppositionspartei und diese Rolle sicherlich noch

lauter als zuvor ausfüllen. Gerade vor diesem Hintergrund braucht es schnell eine stabile Regierung, um gegen die Stimmungsmache und eine Opposition anzukommen, die alles daran legt, die Regierungsarbeit zu delegitimieren und zu destabilisieren. Im besten Fall kann hierdurch ein positiver Druck entstehen, der zur schnellen Einigkeit beiträgt.

3. Durch den Ausschluss der AfD und der Linken als Koalitionspartner beschränken sich die Koalitionsoptionen für die Union stark. Das stärkt die Verhandlungsposition der SPD, da sich die Union ein Scheitern der Koalitionsverhandlungen nicht leisten kann, außer sie geht in das Wagnis einer Neuwahl. Die klare Rollenaufteilung zwischen Verhandlungsführer und Juniorpartner, wie sie es früher einmal gab, verschwimmt damit. Vereinfacht wird die Situation dadurch nicht unbedingt. Die Bürger:innen haben einen Anspruch darauf, gut regiert zu werden. Und angesichts der weltpolitischen Lage ist eine geeinte Bundesregierung, die mit starker Stimme in und für Europa spricht, zentral, um bei den geopolitischen Umbrüchen bestehen zu können.

Literaturverzeichnis

Bothe, Claudia 2025: Wie die Parteien Wahlkampf auf Social Media machen, in: FAZ, <https://www.faz.net/aktuell/politik/bundestagswahl/wie-die-linke-mit-einer-wut-rede-von-heidi-reichinnek-tiktok-eroberte-bundestagswahl-2025-110306579.html> (24.2.2025).

de Nève, Dorothée 2024: Briefwahl in Hessen, Friedrich-Ebert-Stiftung, Wiesbaden, <https://library.fes.de/pdf-files/bueros/hessen/21488.pdf> (24.2.2025).

Die Bundeswahlleiterin 2025: Übersicht der Wahlkreise, deren Wahlkreisbewerber mit Erststimmenmehrheit im Verfahren der Zweitstimmendeckung keinen Sitz erhalten, https://www.bundeswahlleiterin.de/dam/jcr/cc1f3ef8-37a7-4e48-b766-7a7d9bacfd5b/btw25_nicht-gewaehlte-wahlkreissitze-vorlaeufig.pdf (24.2.2025).

Schäfer, Armin 2023: Wer fehlt an der Wahlurne? Sozialräumliche Muster der Wahlbeteiligung bei Bundestagswahlen, Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin, <https://www.fes.de/artikel-in-gute-gesellschaft-17/studie-wer-fehlt-an-der-wahlurne> (24.2.2025).

Schneider, Jan; Klein, Oliver 2025: Millionen für Social Media: So läuft der Online-Wahlkampf, in: ZDF Heute, 21.2.2025, <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/deutschland/microtargeting-parteien-wahlkampf-boehmermann-100.html> (24.2.2025).

Sparta 2025: Social Media Monitoring zur Bundestagswahl 2025, <https://dtecbw.de/sparta/> (24.2.2025).

Abbildungsverzeichnis

Abb. 1	Zweitstimmen Bundestagswahl 2025	4
Abb. 2	Gewinne und Verluste im Vergleich zur Bundestagswahl 2021	5
Abb. 3	Sitzverteilung im 21. Deutschen Bundestag	6
Abb. 4	Vergleich Ost- und Westdeutschland Zweitstimmen	7
Abb. 5	Vergleich Frauen/Männer Zweitstimmen	8
Abb. 6	Vergleich Altersgruppen Zweitstimmen	8
Abb. 7	Vergleich formale Bildung Zweitstimmen	9
Abb. 8	Vergleich Beruf/Tätigkeit Zweitstimmen	9
Abb. 9	Umfrageentwicklung seit Bruch der Ampelregierung	10
Abb. 10	Wichtigste Themen für die Wahlentscheidung	11
Abb. 11	Bewertung der Kanzlerkandidat:innen	12
Abb. 12	Wähler:innenwanderung SPD	16
Abb. 13	Wähler:innenwanderung CDU	17
Abb. 14	Wähler:innenwanderung Grüne	17
Abb. 15	Wähler:innenwanderung AfD	18
Abb. 16	Wähler:innenwanderung BSW	18
Abb. 17	Wähler:innenwanderung Linke	19
Abb. 18	Wähler:innenwanderung FDP	20
Abb. 19	Wähler:innenwanderung Nichtwähler:innen	20
Abb. 20	Knappe Wahlkreise 2021	22
Abb. 21	Knappe Wahlkreise 2025	23
Abb. 22	Rechnerisch mögliche Koalitionen	25
Abb. 23	Bewertung von Koalitionsmodellen	26
Tab. 1	Parteizugehörigkeit der Wahlkreis-sieger:innen in knappen Wahlkreisen	21

Die Autor:innen

Catrina Schläger leitet seit Mai 2021 das Referat Analyse und Planung der Friedrich-Ebert-Stiftung. Zuvor war sie in verschiedenen Funktionen in der internationalen Abteilung der FES tätig, u. a. als Leiterin des Referats Internationale Politikanalyse und Leiterin des Büros in Shanghai.

Jan Niklas Engels ist Referent für Empirische Trend- und Sozialforschung im Referat Analyse und Planung der Friedrich-Ebert-Stiftung. Zuvor war er in verschiedenen Funktionen im In- und Ausland für die FES tätig, u. a. als Büroleiter in Budapest, Ungarn.

Nicole Loew ist Referentin für Empirische Trend- und Sozialforschung im Referat Analyse und Planung der Friedrich-Ebert-Stiftung. Zuvor arbeitete sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Freien Universität Berlin zu Populismus sowie Wahl- und Einstellungsforschung.

Ein herzliches Dankeschön der Autor:innen geht an Finia Ehrentraut für die Zusammenstellung und Aufbereitung der Daten und die Qualitätskontrolle sowie an Marko Miljević für die Aufbereitung des vorläufigen Wahlergebnisses zur Berechnung der knappen Wahlkreise.

Die Friedrich-Ebert-Stiftung

Die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) wurde 1925 gegründet und ist die traditionsreichste politische Stiftung Deutschlands. Dem Vermächtnis ihres Namensgebers ist sie bis heute verpflichtet und setzt sich für die Grundwerte der Sozialen Demokratie ein: Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Ideell ist sie der Sozialdemokratie und den freien Gewerkschaften verbunden.

Die Friedrich-Ebert-Stiftung fördert die Soziale Demokratie vor allem durch:

- politische Bildungsarbeit zur Stärkung der Zivilgesellschaft;
- Politikberatung;
- internationale Zusammenarbeit mit Auslandsbüros in über 100 Ländern;
- Begabtenförderung;
- das kollektive Gedächtnis der Sozialen Demokratie mit u. a. Archiv und Bibliothek.

Die Abteilung Analyse, Planung und Beratung der Friedrich-Ebert-Stiftung

Die Abteilung Analyse, Planung und Beratung der Friedrich-Ebert-Stiftung versteht sich als Zukunftsradar und Ideenschmiede der Sozialen Demokratie. Sie verknüpft Analyse und Diskussion. Die Abteilung bringt Expertise aus Wissenschaft, Zivilgesellschaft, Wirtschaft, Verwaltung und Politik zusammen. Ihr Ziel ist es, politische und gewerkschaftliche Entscheidungsträger:innen zu aktuellen und zukünftigen Herausforderungen zu beraten und progressive Impulse in die gesellschaftspolitische Debatte einzubringen.

Weitere Veröffentlichungen

Welche Träume bewegen Deutschland?

Analyse Januar 2025

<https://www.fes.de/cgi-bin/gbv.cgi?id=21738&ty=pdf>

Zwischen Anspruch und Wirklichkeit: Wofür steht Deutschland aus Sicht der Wähler_innen?

FES impuls Dezember 2024

<https://www.fes.de/cgi-bin/gbv.cgi?id=21737&ty=pdf>

Ein Bündnis für wen? Analyse zur potenziellen Wählerschaft des BSW

FES diskurs Dezember 2024

<https://www.fes.de/cgi-bin/gbv.cgi?id=21739&ty=pdf>

Jugend wählt: Perspektiven junger Menschen auf Wahlalter, politische Informationen und Parteien bei der Europawahl 2024

FES diskurs Dezember 2024

<https://library.fes.de/pdf-files/a-p-b/21722.pdf>

Klassenbewusstsein und Wahlentscheidung: Klasse als politischer Kompass?

FES diskurs September 2024

<https://library.fes.de/pdf-files/a-p-b/21455.pdf>

Eine Frage der Klasse? Analyse des Parteienwettbewerbs nach Berufsklassen und politischen Präferenzen

FES diskurs Juni 2024

<https://library.fes.de/pdf-files/a-p-b/21327.pdf>

Wie viel Klasse steckt in der Mitte? Erwerbsklassen und ihr Blick auf Arbeit, Gesellschaft und Politik

FES diskurs Mai 2024

<https://library.fes.de/pdf-files/a-p-b/21171-20240527.pdf>

Volltexte und weitere Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung unter

www.fes.de/publikationen



Analyse der Bundestagswahl 2025

Die Bundestagswahl 2025 hat die politischen Mehrheitsverhältnisse in Deutschland im Vergleich zu 2021 drastisch verändert. Startete die Ampelkoalition noch mit einem Fortschrittsversprechen, so erschütterten bald der Krieg in der Ukraine, die folgende Energiepreiskrise, die steigende Inflation, aber auch der anhaltende interne Streit unter den Koalitionspartnern das Vertrauen der Bürger:innen in die Politik erheblich.

Nach dem verfrühten Regierungsende im November 2024 werden die Ampelparteien bei den Neuwahlen im Februar 2025 hart abgestraft. Die Union gewinnt als stärkste Partei die Wahlen, sie bleibt jedoch hinter den Erwartungen. Die in Teilen als rechtsextrem eingestufte AfD kann ihren Stimmenanteil verdoppeln und stellt damit wahrscheinlich die größte Oppositionspartei. FDP und BSW werden dem 21. Bundestag nicht angehören.

Ob diese Verkleinerung zu mehr Stabilität oder einer noch größeren Polarisierung führen wird, werden die nächsten Monate zeigen. Auch wird sich zeigen, wie schnell eine Koalitionsbildung gelingen kann. Auf der einen Seite ist Eile angesichts der geopolitischen Umbrüche und der Notwendigkeit eines starken Europas dringend geboten. Auf der anderen Seite hat der harte Wahlkampf die Gräben zwischen den Parteien offengelegt – eine Kompromissfindung wird nicht leicht sein.

Weitere Informationen zum Thema erhalten Sie hier:

➔ www.fes.de/bundestagswahl

